INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



Nr. 225

28. Januar 1993

Es stürmt und schneit, der Papagei - er ist wieder zurück - krallt sich an seinen Ast, die Federn plustern sich. *"Gegenwind"*, grummelt er, *"ganz schön doll. Seit Tagen, Wochen Sturm."*
Er ist sauer und hat gedroht, daß die nächste Zeitung eine Bleiwüste wird, weil ihm die Krallen vom lay-out-Schneiden weh tun und er sie sich eigentlich für andere Dinge schärfen will.
Daß so wenig Post gekommen ist, ist vielleicht ein Indiz, daß auch andere ihre Nägel wetzen?
Gründe gäb's genug:
- Die Yanks und Co. bombardieren pünktlich zum Jahrestag den Irak,
- Jugoslawien, Türkei, ...
- In der BRD werden die Diäten erhöht, soziale Gelder werden gekürzt, ...
Der Papagei kann gar nicht so viel fressen, wie er kotzen möchte, Schokolade gab's auch keine - Sauerei. Außerdem hat er keine Lust, jetzt noch etwas Geistreiches zu den Einzelabos zu sagen und brummelt: *"Lest doch mal endlich das Kleingedruckte in den Vertriebsbedingungen für unser Nachrichtenmagazin."*

Zu dem Mord an Kerstin Winter in Freiburg haben wir die Meldungen, die bei uns ankamen, zusammengefaßt und veröffentlichen das einzige Flugblatt, das wir bisher aus Freiburg haben. Die einzelnen Meldungen findet ihr im Ordner.
Mit den Meldungen über die Täter und / oder die Tatmotive sollten wir sehr vorsichtig und genau umgehen, denn daß Bullen und die Presse durchaus mit gezielten Meldungen arbeiten und Informationspolitik betreiben ist ja nun wahrlich nichts Neues.
Als Reaktion auf den Mord gab es in Berlin in der Nacht von Samstag auf Sonntag eine Scherbendemo in der Frankfurter Allee und Montag abend eine Demo mit etwa 250 Frauen und Lesben in der westberliner City. Auf dem Rosa-Luxemburg-Platz waren es am Mittwoch hoffentlich etliche mehr.

Inhalt:

Ordnerliste:
- SPD-Büro - Besetzung in Karlsruhe
- "Gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern" aus Bremen (ist zwar aktualisiert, war aber letzte Woche schon drin)
- Namensliste und Presserklärung der Hamas Leute, die aus Israel ausgewiesen wurden
- Redebeitrag der Lesben/Frauenknastkundgebung
- Erklärung zum Umzug von SOS-Rassismus in das Haus der Demokratie, a) es war zu hell zum kopieren, b) die Streitigkeiten die es darum gibt sind nur InsiderInnen verständlich
- "Die BrandstifterInnen sitzen in Bonn", aktualisierte Fassung

Info zum Beitrag "Die BrandstifterInnen sitzen in Bonn" aus der letzten Nummer: Tag X ist der Tag der zweiten Lesung im Bundestag, der ist etwa in der vier bis sechs Wochen. Blockade-Infotelefon: 0202/311790 Di. 12.00 Uhr bis 18.00 Uhr, Do. 12.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Sa. 12.00 Uhr bis 14.00 Uhr

Impressum

HerausgeberIn:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Vertriebsbedingungen:

Einzelabos und Einzelbestellungen, auch von alten Heften gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit. (Wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken.) Geht bitte in den nächsten Info-Laden, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Fotokopieren geben.

Ausnahmen davon gibt es folgende:
Knastabos gibt es umsonst und auch **Infoläden und -cafés** außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.

Buchläden und andere WiederverkäuferInnen können jederzeit ab 3 Exemplaren bei uns bestellen.

Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens 3 Hefte jede Woche.

Zum Tod von Kerstin Winter

Zusammenfassung der Telefax- und Telefoninformationen

Am Freitag, den 22.1.1993, wurde in Freiburg die 24jährige Kerstin Winter durch eine Paketbombe ermordet.
Um ca. 16.15 Uhr öffnete Kerstin das an sie adressierte, vor der Wohnungstür abgelegte Paket und wurde dadurch getötet. Trotz der heftigen Detonation wurde die zweite in der Wohnung anwesende Person zum Glück nicht verletzt, weil sie sich in einem anderen Raum befand.
Die Bombe war nach Darstellung der Behörden in einem genormten Postpacket versteckt. Der Absender war nach Bullenerkenntnissen gefälscht. Zum Auslösen der Explosion wurde offenbar ein Druckbehälter verwendet, an dem "eine Art Entlastungszünder" angebracht war. Auf einer Pressekonferenz wiesen die Bullen darauf hin, daß sowohl Sprengvorrichtung, wie auch Sprengstoff "qualitativ hochwertig" gewesen sind. Die Ermittlungen der Bullen gingen zuerst in drei Richtungen:
1. Drogen
2. faschistischer Mord
3. Racheakt eines Vergewaltigers, den Kerstin vor einigen Jahren angezeigt hatte.
Inzwischen sind die Bullen von den Punkten 1. und 3. abgekommen, ermitteln aber nicht nur in Richtung rechts. LKA - und jetzt wahrscheinlich auch BKA - sind eingeschaltet.

Kerstin war in Freiburg politisch tätig. Sie arbeitete seit langem in der Antifabewegung. Sie kämpfte mit den PGL (Punx gegen Langeweile) und der AZ-Initiative für ein autonomes Zentrum. Dieses Engagement war Teil ihres Kampfes für ein selbstbestimmtes Leben und eine herrschaftsfreie Gesellschaft. Jetzt wurde sie allem Anschein nach von denen ermordet, denen diese Vorstellungen zuwider sind.
Vor einigen Monaten tauchten Flugblätter einer Bürgerwehr auf, die dazu aufriefen, das "Pack" in der Stadt zu beseitigen.

Dieser Mord (und die anderen 33 in den letzten zwei Jahren) konnten nur vor dem Hintergrund der wachsenden Progromstimmung in der BRD verübt werden. Es werden Sündenböcke geschaffen, AusländerInnen, Behinderte, Homosexuelle, Linke, Obdachlose, Prostituierte etc., die wortwörtlich zum Abschuß freigegeben werden.
Im Raum Hannover waren in der vorigen Woche lebensgefährliche Bombenpackungen aufgetaucht. Unbekannte hatten sie - getarnt als Parfumeriesendungen - an vier frühere Prostituierte geschickt. Diese versuchten Morde hatten dadurch einen faschistischen Hintergrund, indem in einem Bekennerschreiben gehetzt wurde, "deutsche" Huren sollen "nicht mit schwarzen Männern in geschlechtlichen Kontakt kommen" ("Rassenreinhaltung").

Nach dem Mord an Kerstin fand in Freiburg am Freitag abend um 22.00 Uhr eine rund 500 Menschen zählende Demonstration statt, seitdem hat sich vor dem Haus in dem Kerstin wohnte - im Stadtteil Stühlinger - eine Mahnwache zusammengefunden.
In mehreren Städten (Heidelberg, Berlin, Göttingen, etc.) fanden spontane Demonstrationen und Scherbenaktionen statt.
Die Solidaritätskundgebungen und Aktionen in der BRD, von denen wir bisher wissen, sind ein wichtiger Weg, der einerseits klarmachen muß, daß dies UNS ALLE TREFFEN KANN und anderseits klar machen muß, daß sich UNSERE TRAUER UND WUT IN WIDERSTAND wandeln muß.

Uns reicht die Trauer nicht
und nicht der Haß

ihr bezahlt uns alles
und ihr bezahlt es teuer

KERSTIN ERMORDET

Am Freitag, den 22.1.1993, wurde in Freiburg Kerstin Winter durch eine Paketbombe getötet. Um ca. 16.15 Uhr öffnete Kerstin das an sie adressierte, vor der Wohnungstür abgelegte Paket und wurde auf der Stelle getötet. Die zweite in der Wohnung anwesende Person wurde zum Glück nicht verletzt.

Kerstin (24 Jahre alt) war in Freiburg politisch tätig. Sie kämpfte mit den PGL (Punx gegen Langeweile) und der AZ-Initiative für ein autonomes Zentrum und war aktive Antifaschistin. Dieses Engagement war Teil ihres Kampfes für ein selbstbestimmtes Leben und eine herrschaftsfreie Gesellschaft.

Wir wissen nicht wer Kerstin ermordet hat, doch wir vermuten das es ein faschistischer Anschlag war. Es war ein gezielter Anschlag mit der Absicht eine politisch aktive Frau zutöten. Wir interpretieren den Mord als Teil der von den Faschisten angekündigten Anti-Antifaaktionen. 100% sicher beweisen können wir es nicht. Die Spekulationen und Gerüchte über die Tat reichen von A-Z; und sollen bewußt den politischen und menschenverachtenden Mordhintergrund verschleiern.

Wandelt Trauer in Wut und Wut in Widerstand!

Wir können die Tat nicht losgelöst von der gesamtgesellschaftlichen Situation sehen. Sie ist bestimmt durch das Wechselspiel zwischen hetzenden Politikern und Medien einerseits und den faschistischen Angriffen und deren Akzeptanz andererseits. 1992 wurden nicht nur 30 Menschen durch Faschisten getötet, sondern staatliche Maßnahmen haben den Terror immer begleitet oder gingen ihm voraus, u.a.

- Internierung der Flüchtlinge in Lager
- Deportationsabkommen mit Rumänien
- Entrechtung der AusländerInnen durch rassistische Gesetze
- Abschaffung des Artikels 16 Grundgesetz

Doch eines muß den Menschen hier klar sein; auch wenn alle Flüchtlinge aus Deutschland rausfliegen, wird es keine zusätzlichen Jobs geben, genausowenig werden die Löhne steigen und die Mieten billiger.



PolitikeeInnen und Medien werden uns neue Sündenböcke anbieten. Alte, Kranke und Behinderte, weil sie angeblich zuviel kosten und sich nicht nach kapitalistischen Prinzipien verwerten lassen. Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen, weil sie angeblich faule Schmarotzer sind. In unverschämter Dreistigkeit wird von Kohl und Waigel das Schlagwort vom "sozialen Wildwuchs" eingebracht, und die Volksgemeinschaft heraufbeschworen."Teilen verbindet", denn es geht ja schließlich um das Gemeinwohl, was nichts anderes bedeutet, als daß die da oben noch fetter und die unten noch weiter an den Rand des Existenzminimums gedrängt werden. Der Rechtsextremismus ist Bestandteil dieser Politik und vollzieht das, was mit "rechtsstaatlichen" Mitteln nicht möglich ist.

Deswegen darf antifaschistischer Widerstand nicht beim Nazi-Skin auf der Straße stehen bleiben, sondern muß sich auch gegen die Verantwortlichen in Bundes- und Landtag, Regierungspräsidien und Rathäusern wenden. Wir alle sind aufgerufen diese Verhältnisse mit allen notwendigen Mitteln zubekämpfen.

Was verbirgt sich hinter dem *'Bund heimattreue Jugend'*?

Nachdem der 'Bund heimattreue Jugend' (BHJ) vom Verfassungsschutz offensichtlich nicht mehr observiert wird -zumindest taucht er in seinen Berichten nicht mehr auf- gab ein profunder Kenner der rechten Szene, Volkmar Wölk, Bundessprecher der VVN/ Bund der Antifaschisten, Auskunft.
Bekannt ist der in den fünfziger Jahren gegründete BHJ selbst dem Verfassungsschutz als rechtsextremistische Gruppe, die sich zum 'Führerprinzip' bekennt und die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse als 'Racheakt der Siegermächte' bezeichnet, die Kriegsverbrecher als 'frei von jeder Schuld'.

Er spaltete sich mehrfach, zuletzt vor zwei Jahren, in einen 'Bund heimattreue Jugend, Freibund e.V.' und eine 'Heimattreue Jugend' -sie hat regen Kontakt zu den Republikanern, ist jedoch ausschließlich in Norddeutschland aktiv.

Der Freibund ist nationalrevolutionär ausgerichtet und im Spektrum der 'Neuen Rechten' angesiedelt. Kopf ist Werner Haverbeck, Ex- Leiter des NS-Studentenbunds und im Dritten Reich Mitglied im 'Reichsbund Volkstum und Heimat', die Nazi-Dachorganisation für Umwelt- und Heimatschutzgruppen.

Der Freibund publiziert seine Propaganda in der Monatszeitschrift 'Na klar', in der beispielsweise der geistige Kopf der französischen Neuen Rechten, Benoit, zu Wort kommt. Wölk veranschaulicht die Vernetzung im rechten Spektrum: die Zielgruppe der Zeitschrift 'Junge Freiheit' sind die BHJler. Wölk: 'Die 'Junge Freiheit' ist das Organ der Neofaschisten, sie spricht junge Leute und Intellektuelle an.'

Gegründet wurde diese Zeitschrift von der 'Hochschulgilde', einem elitären Studentenclub. Sie betreibt intensiv politische Schulung und lädt Referenten wie Ernst Aurich ein, ein aus der NSDAP wegen seines geplanten Putsches auf Reichjugendführer Schirach ausgeschlossenen Professor.

BHJ- Verbindungen existieren auch zum 'Collegium humanum', einer Heimvolkshochschule unter Leitung von Haverbeck. Das 'Collegium humanum' wertet Wölk als Treffpunkt für alle parteiungebundenen Rechten. Kostproben aus dem Seminarangebot: 'Neues von der Neuen Rechten', 'Mitteleuropa- Fundament für Gesamteuropa?'

Der Vorsitzende des Trägervereins, Ernst Kögel, wurde bereits wiederholt wegen seiner revisionistischen Thesen verurteilt. So leugnet er beispielsweise die Judenmorde. Sein Sohn Hartmut - und damit schließt sich der Kreis wieder - ist Bundesführer des BHJ/Freibunds und war auch schon vor der jüngsten Spaltung BHJ- Funktionär.

Rechtsextreme Jugend trat in Braunsbach (Landkreis Schwäbisch Hall) auf.

In Uniform, mit Fahnen und Fackeln - Ermittlungen ohne Erfolg

Braunsbach, 19.12. - Pfarrer Dolde aus Braunsbach fuhr der Schreck in die Knochen, als er am vergangenen Sonntag nachmittag die Abrechnung für die Gruppe ausstellte, die übers Wochenende im kircheneigenen Freizeitheim Quartier bezogen hatte: 'Heimattreue Jugend e.V.'. Der Bund 'Heimattreue Jugend' (BHJ) ist eine rechtsextremistische Organisation, die in früheren Jahren vom Verfassungsschutz observiert wurde und die der Geistliche noch aus seiner Zeit im Oberschwäbischen in schlechter Erinnerung hat.

Während die meisten Braunsbacher Bürger und Bürgerinnen am Samstagabend bei der Jahresfeier des Liederkranzes saßen, zog der BHJ in alter Nazi- Tradition uniformiert mit Fackeln und Fahnen durch den Ort zu einem Grillplatz, wo die Teilnehmer nachdem Bericht eines Augenzeugen SA-Lieder wie 'die Flamme empor' schmetterten. Die Kriminalpolizei Schwäbisch Hall wurde am Dienstag vom Deutschen Gewerkschaftsbund über diesen Vorfall informiert und ermittelt noch -bisher ohne großen Erfolg. Ihre Befragungen im Ort blieben bisher erfolglos. Drei Beamte sind mit dem Fall betraut. Ihre Informationen über den BHJ scheinen mager zu sein. Gerhard Quendt vom Dezernat Staatsschutz (den kennwa doch 8-)), die TipperIn): 'Der BHJ agiert ähnlich der 'Wiking- Jugend'. Mit Lagerfeuerromantik und Zeltlagern versucht er, die Jugendlichen zu locken.' Die Rede ist auch von Verbindungen des BHJ zur 'Wehrsportgruppe Hofmann'. Angemeldet waren die 28 jungen Leute als Wandergruppe aus Stuttgart, und zwar von einer Frau namens Volke Schmöller.

Wie der Augenzeuge berichtet, zog der 45- 50 Personen starke Fackelzug vom Marktplatz aus zum Elsenberg und weiter durch einen Hohlweg entlang des Kochers zu einem Grillplatz, wo das SA- Lied gesungen und 'ominöse Texte, völkisches Zeugs eben', über die 'Besiedlung Deutschlands' gelesen wurde. Dann riefen sie abwechselnd 'meine Flamme glüht für Odessa, meine Flamme

glüht für Pommern' usw. Der Augenzeuge verließ bald die Gruppe, weil er befürchtete aufzufallen. Schließlich war er allein.

Die Gruppe bestand nach seinen Angaben aus jungen Leuten zwischen 18 und 25, etwa zehn ältere zogen ebenfalls mit. Sie trugen dunkelblaue oder schwarze Uniformen mit einer roten, aufgestickten Ondal- Rune, dem auf dem Schwanz stehenden Fisch, auf der linken Brusttasche (Pfarrer Dolde spricht von einer roten Rune am Ärmel).
Der Augenzeuge sah in der Nähe ein Auto mit Heilbronner Kennzeichen. 'Es könnte auch sein, daß sie aus Ulm kamen, sie sprachen immer zu von Ulm.'

Pfarrer Dolde fragte die jungen Leute, woher sie kommen. 'Von Stuttgart bis Bad Mergentheim', sollen sie geantwortet haben. Nach Doldes Aussage hatten sie kurz geschnittenes Haar, 'es waren aber keine Skins'. Sie hätten sich ganz ordentlich benommen und unternahmen am Samstag Nachmittag eine Wanderung. 'Sie fragten mich nach einer Route, und ich beschieb ihnen eine und sagte noch, 'da kriegt ihr aber ordentlich dreckige Schuhe', worauf einer antwortete: 'einem rechten Kerl macht das nichts'. So im nachhinein fällt mir manches auf.'

Und das gerade wegen seiner unfreiwilligen Bekanntschaft mit dem BHJ. 'Die haben damals mit dem 'Deutschen Gruß' gegrüßt, und als ihre Cheffin kam, haben sie geagt: 'Achtung, unsere Führerin!'' Als Dolde seinerzeit merkte, wen er im Haus hatte, setzte er die Gruppe vor die Türe und bestellte sich den Verfassungsschutzbericht. Nach dieser Lektüre war er um etliches klüger. 'Die Bundesführerin luden wir in den Kirchengemeinderat ein. Sie war die Tochter eines Obersturmbannführers. In der Gruppe wurden Hakenkreuze gemalt und rundherum 'Hitler der Welt'. Das waren irregeleitete Leute.'

Auffallend fand der Pfarrer, daß zwei bis drei Ältere zur Gruppe gehörten. Die jungen Leute (laut Dolde von 18 Jahren aufwärts) seien offenbar mit öffentlichen Verkehrsmitteln angereist. Ein Auto hat er gesehen, und das hatte Stuttgarter Kennzeichen.

Pfarrer Dolde ist es 'peinlich', dem BHJ Quartier geboten zu haben, denn 'wir in Braunsbach sind eh gebrannte Kinder'. Künftig will er sich auf alle Fälle die Gruppen besser anschauen, ehe er sie im Freizeitheim einquartiert.

Betroffenheit auch bei Bürgermeister Ulrich Naas. Nicht ein einziger Bürger habe ihm irgendeine Information über den Fackelzug der Uniformierten mit Fahnen berichtet. Die vermeintliche Wandergruppe aus Stuttgart habe zuvor beim Bürgermeisteramt die Genehmigung für eine 'Sonnwendfeier' und ein 'Lagerfeuer' eingeholt. Naas: 'Vor drei Wochen hat ein junges Mädchen aus Stuttgart angerufen. Wir hatten keinen Grund, Böses zu ahnen.' Warum sich der BHJ ausgerechnet Braunsbach als Quartier ausgesucht hat, ist allen ein Rätsel. Fraglich ist auch, ob sie sich ausschließlich zum Fackelzug mit Thing, einem germanischen Ritual, trafen, oder auch agitierten.

(c) ka/HoT

Frustaktion oder Kampfansage?

■ Unbekannte zertrümmerten Samstag nacht in der Frankfurter Allee zahlreiche Schaufenster großer Läden

Friedrichshain. Nach wenigen Minuten war der Spuk vorbei, zurück blieb ein Scherbenmeer: In der Nacht zu Sonntag zogen mehrere Dutzend, teilweise vermummte Personen über die Frankfurter Allee, rollten Rohre auf die Fahrbahn und schlugen die Fensterscheiben von elf Geschäften ein. In den Vorraum einer Bank warfen sie einen Brandsatz, der nach Angaben des Lagedienstes aber nur geringen Schaden anrichtete. Als die Polizei in der Frankfurter Allee eintraf, waren die Täter bereits verschwunden. Während im Polizeibericht von rund 150 Aktivisten die Rede war, berichtete ein Augenzeuge der taz von knapp 60 Personen.

Notdürftig über die Löcher gekleisterte Glasstücke und Spanplatten zeugten gestern mittag noch von dem nächtlichen Spuk. Erwischt hatte es vor allem die größeren Geschäfte und Restaurants auf der Frankfurter Allee zwischen Bersarinplatz und Kolbestraße. Beim Bekleidungsgeschäft „New Yorker", dem Computer-Systeme-Laden „Unicorn", dem Autohaus „Golbeck" und dem Schuhgeschäft „Stiller" war kaum ein Fenster heilgeblieben. Nur der Fastfood-Laden „Burgerking", der in der Vergangenheit schon diverse Male dran glauben mußte, war diesmal davongekommen: dank eines engmaschigen Gitters, das die Scheiben auch tagsüber verunziert.

Ein Kellner des italienischen Restaurants „Roma" hatte mit seinen Kollegen gerade den Feierabend begossen, als es klirrte. Warum? „Ich habe keine Ahnung", zuckte er gestern ratlos die Achseln und deutete auf eine an den Rolladen eines Friseurgeschäfts gesprühte Parole älteren Datums: „Vielleicht hat das damit was zu tun." Neben einem schwarzen Hausbesetzerzeichen ist dort „Spekulanten raus" gekrakelt. Ein 33jähriger Passant, der in der Kriegsopferfürsorge tätig ist, freute sich ganz offen über die Scherbenaktion. „Die kleinen Läden werden hier doch von den Konzernen verdrängt, weil sie die Gewerbemieten nicht mehr zahlen können."

Der Friedrichshainer Bezirksbürgermeister Helios Mendiburu (SPD) vermochte sich die Aktion nicht zu erklären. „Mir widerstrebt es, irgend jemanden einfach so zu bezichtigen." Die Rechten könnten es nicht gewesen sein, weil die in Friedrichshain nicht so viele Leute auf die Beine brächten. Und mit den Hausbesetzern gebe es zur Zeit keine Differenzen. **plu**







KEINE NAZI TOTENEHRUNG IN HALBE ODER SONSTWO !

Nachdem es den Nazis nicht möglich gewesen ist am "Volkstrauertag" - von den Nazis als "Heldengedenktag" hochstilisiert - die gefallenen "Deutschen" der Halbe-Schlacht zu "ehren", holten sie dies am Samstag, den 23.1., nach.
Unter der Leitung des Cottbusser DA-Führers Hübner legten sie am Gedenkstein auf der Kriegsgräber-Stätte Kränze nieder.
Auf den Schärpen der Kränze war zu lesen: "In Treue fest - Kameradschaft Cottbus", "Unvergessen den gefallenden Kameraden - GAU Brandenburg" und "Blut und Ehre".
Auf unserem allwöchentlichen antifaschistischen Sonntagsausflug entsorgten wir heute, 24.1.93, die Nazischeiße!

antifaschistische Gedenkstätten ReinigerInnen

Laut Radionachrichten vom Montag den 25.1.93 hat der Cottbusser Naziführer Frank HÜBNER wegen der Geschichte eine Anzeige am Hals.
Wir sind gespannt, was daraus wird! (wenn überhaupt)

Buchtip: ***Antisemitismus***

Ncht erst seit den zunehmenden Übergriffen von Nazis gegen Juden und Jüdinnen ist eine Auseinandersetzung in der Linken zu Antisemitismus als besonderer Form von Rassimus notwendig.
Jürgen Elsässer, der Autor von **Antisemitismus - das alte Gesicht des neuen Deutschland**, war in der ehemaligen ‚Radikalen Linken' eineR der profiliertesten StreiterInnen für eine antideutsche Orientierung. In seinem Buch beschreibt er nach einer kurzen Einführung zur Besonderheit des deutschen Nationalismus die Verharmlosung des Nationalsozialismus seit der von ihren InitiatorInnen mmittlerweile gewonnenen ‚Historiker-Debatte' 1986. Schwerpunkt ist dabei der seit der „Wiedervereinigung" verstärkt auftretende Antisemitismus.
Dies wird an Beispielen wie den Kampagnen gegen den ‚Jüdischen Weltkongreß' und gegen PDS-Chef Gysi als „jüdischer Drahtzieher" oder den Vorgängen um die Überbauung eines ehemaligen jüdischen Friedhofes in Hamburg näher dargestellt. Elsässer referiert die Ergebnisse von Umfragen zum antisemitischen Bewußtseinsstand der Deutschen in Ost und West, analysiert die deutsche Außenpolitik gegenüber Israel seit 1949 und geht auf die Debatte in der radikalen Linken um (Anti-)Zionismus und Antisemitismus ein.
Eine Chronologie schließt das empfehlenswerte Buch ab.
J. Elsässer: Antisemitismus; Dietz Verlag Berlin; 158 Seiten, 19,80 DM





Bekenner/innen - Schreiben

(Bitte an die Presse/Medien weiterleiten)

Wir haben <u>HEUTE, Montag, den ~~18~~ 25.1.</u> gegen halb 3 Uhr nachts einen Buttersäure-Anschlag auf das FORTE-Hotel am Hildesheimer Marktplatz verübt, wobei wir zu erst die ganze Fensterfront des Sitzungssaals entglast haben.
Warum?
Am 27.1. soll hier nach Ansicht des FORTE-Hotels und der DEUTSCHEN LIGA (DL) der Bundesparteitag letzterer stattfinden. Das sehen wir anders.
Die DL will zum Sammelbecken "nazionaler Patri(di)oten" werden und wird von führenden Ex-Funktionären der REP und NPD geführt. Dadurch verfügt sie auch über ein paar Europa-ParlamentariER, die mit der französisch-faschistischen "Front National" und deren Führer LePen zusammenarbeiten. Die minderheiten- und frauenverachtende Propaganda dieser ImperialistInnen (Doitschland in den Grenzen von (vor?) 1914) brauchen wir hier wohl nicht näher auszuwälzen.

Die FORTE-Hotel-BetreiberInnen können nicht mehr sagen, sie hätten "von nichts gewußt", denn schon einmal, vor knapp einem Jahr hat das FORTE-Hotel versucht, der DL ihren Sitzungssaal für deren Parteitag zu überlassen. Und schon damals bekamen sie zu fühlen, was sie nicht hören wollten: Eine Blockade mit Glasbruch "erreichte Abbruch der Liga-Versammlung" (HAZ vom 25.1.92), die zur Gründung eines Landesverbandes Niedersachsen führen sollte. Kristof Mumme, scheinheiliger 2. Direktor des FORTE-Hotels hat natürlich von nichts gewußt, nachdem er die DL <u>gebeten</u> hat, doch woanders hinzugehen - er hat die (Neo-) Nazis nicht rausgeschmissen und wollte es wohl auch nicht, denn wer schon 30 Nazi-Skinheads als Saalschutz reinläßt, der weiß genau Bescheid.

Diese war aber nicht die letzte (geplante) faschistische bzw. faschistoide Veranstaltung im FORTE-Hotel: Im Mai 92 hielt dort die HUMBOLDT-GESELLSCHAFT ihre "Akademie-Sitzung" ab. Die Humboldt-Gesellschaft ist von Alt- und Neonazis durchsetzt, bietet dem Neofaschismus ein ideales Forum zur Ideologiebildung und deren Verbreitung nicht nur in konservative Kreise und verschafft "Neu-Rechten" FaschistInnen eine perfekte Tarnung.

Das kann doch wohl kein Zufall sein, daß solche faschistischen/faschistoiden Organisationen so sehr das FORTE-Hotel bevorzugen. Da müssen doch wohl auch deren BetreiberInnen ihre Finger im Spiel haben?! Wir fordern JournalistInnen auf, sich nicht nur kommentierend sondern auch aktiv gegen rechts zu verhalten, und die Verantwortlichen des FORTE-Hotels ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren. Laßt Euch nicht von verlogenen Distanzierungen verarschen - diese "honorigen Kreise" könnten eine Recherche (hoffentlich nicht so) gut vertragen.

Uns reichen Apelle und Symbolik als Formen des Protestes "gegen rechte Gewalt" nicht aus. Jetzt ist Widerstand notwendig - Widerstand gegen die erstarkenden faschistischen Organisationen und Widerstand gegen deren HelferInnen, zumal sie solche Prototyp-KapitalistInnen sind wie Nobel-Hotel-BesitzerInnen.

<u>Wir warnen alle Gaststätten-BetreiberInnen davor, der DL mit ihren Räumen eine Ausweichmöglichkeit in Hildesheim und drumrum zu bieten</u>. Wir kommen wieder, <u>keine</u> Frage. (Hochverachtungsvolle Grüße an den Gasthof Nöhren in Ottbergen, dem 2 Tage vor dem REP-Landesparteitag am 28.11.92 sämtliche Scheiben rausgeflogen sind.)

KEINEN FUßBREIT DEN GEISTIGEN WEGBEREITERN DER RASSISTISCHEN POGROME

HINTER DEM FASCHISMUS STEHT DAS KAPITAL

ORGANISIERT DEN ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTAND - ABER PLÖTZLICH !!!

Wir werden Bahide, Ayse, Yeliz, Silvio und all die anderen nicht vergessen.

Polizisten zerschlugen Antifa-Fete

Unverhältnismäßiger Einsatz und zahlreiche Übergriffe

Wer am Abend des 16.1.1993 noch einen gemütlichen Abendspaziergang durch den grünen Bezirk machte, bekam einiges für Zehlendorf sehr Unübliches zu sehen.

Bereits ab 20 Uhr machten am S-Bahnhof Zehlendorf 20 Beamte in Kampfanzügen muntere Leibesübungen, und auch in den Seitenstraßen herrschte rege Lebendigkeit. Einige Polizisten spielten Rennfahrer und testeten, wer von ihnen bei quietschenden Reifen am meisten Gummi auf die Straße legen kann. Andere dachten sich, Silvester ist ja so lange noch nicht her, und ein wenig Blaulicht mit Tatütata erfreut die Leute sicherlich. Wieder andere hatten offenbar Streit mit ihrer Frau und deshalb Mangel an Körperkontakten - sie führten Leibesvisitationen bei Jugendlichen durch. Dies konnten sie praktischerweise mit sicherlich dringend notwendigen Leseübungen bei Personalausweiskontrollen verbinden.

Doch was ist der Grund? Suchen die Beamten Exhibitionisten, die zuvor alten Damen die Handtasche klauten? Verkauft die Mafia Drogen? Ist Saddam Hussein in Berlin? Oder droht gar der Weltuntergang? Nein! Viel schlimmer! Im Jugendhaus am Buschgraben findet unter dem Motto "Nazis no way!" eine Antifa-Fete statt. Für die Staatsgewalt Grund genug, den Fetenveranstalter und das anwesende Publikum zu belästigen und wahllos Schüler und Jugendliche festzunehmen. Schließlich sind auch Langhaarige und Punker darunter - also alles Terroristen, Staatsfeinde, Asoziale.

Um etwa 23 Uhr reicht es den Jugendlichen - sie reagieren auf die Polizeiprovokationen: Bei "Getränke Hoffmann" werden die Scheiben eingeschmissen, Papiercontainer brennen, teure Autos werden demoliert, Reifen durchstochen, nach Polizeiangaben sollen auch Flaschen und Steine auf Beamte und deren Fahrzeuge geworfen worden sein.

Jetzt, gegen 24 Uhr, zieht es einige Herren erst recht zu Heldentaten hin. Zivilpolizisten rasen mit Vollgas aus zehn Meter Entfernung in eine Gruppe Schüler und Jugendlicher hinein, schlagen einem von ihnen mit dem Schlagstock ins Gesicht, würgen ihn, fesseln ihn mit Handschellen und mißhandeln den nun völlig wehrlosen 16jährigen weiter. Später wird er eine halbe Stunde lang auf dem Boden eines Polizeifahrzeuges liegend festgehalten, dann abtransportiert. Die eintreffenden Eltern und weitere Personen werden von diesen vom Staat bezahlten Kriminellen in Uniform beschimpft und beleidigt. "Dir Scheiß-Ami sollte man den Kopf abschlagen" ist nur eine der Äußerungen, mit der die Grünen ihren hohen Bildungsgrad unter Beweis zu stellen suchen. Schließlich muß gezeigt werden, daß deutsche Beamte nicht nur was in Armen und Beinen haben, sondern auch im Kopf.

Dann dringen zwei Uniformierte ins Jugendhaus ein. Der Veranstalter, die Zehlendorfer Antifa, erteilt Hausverbot. Darauf muß natürlich angemessen reagiert werden! Hausfriedensbruch reicht da nicht. Erst müssen noch die im Gebäude befindlichen Schüler und Jugendlichen gewaltsam angegriffen werden. Nur dem disziplinierten Verhalten des anwesenden Publikums ist es zu verdanken, daß dieser Übergriff nicht zu einer Schlägerei ausartete. Trotzdem nötigt der Einsatzleiter die Antifa nun, die Fete zu beenden - anderenfalls werde die Polizei den Veranstaltungsort stürmen.

Die angeblich sonst immer unter völliger Unterbelegung und totaler Überbelastung leidende Polizei hatte keine Schwierigkeiten, mit nahezu 100 Bütteln eine weitgehend friedliche Fete zu zerschlagen. Auf dem rechten Auge blind scheint sie großes Interesse daran zu haben, antifaschistische Veranstaltungen zu verhindern und deren Besucher zu kriminalisieren. Jeder Widerstand gegen Rechts und gegen die hirnlose Gewalt vom und im Staate soll gebrochen werden. Auf die Frage "Wo wart ihr in Rostock?" reagieren die Beamten allergisch. Das sei Beamtenbeleidigung. Soso.



Gegen die Schläger von Berufs wegen wird es nun Klagen wegen Beleidigung, Nötigung, Hausfriedensbruch und Körperverletzung im Amt geben. Dabei könnt ihr uns helfen! Wenn ihr Festnahmen und Übergriffe beobachtet habt, oder Euch andere, wichtige Dinge aufgefallen sind, dann schreibt alles aus dem Gedächtnis heraus auf. Notiert alles, was Euch einfällt, und so detailliert wie möglich. Jede Information ist wichtig!

Euer Gedächtnisprotokoll schickt bitte an:

Antifa Zehlendorf
c/o Café Chaos
Machnower Straße 19a
1000 Berlin 37
Telefon 815 84 37

Wenn ihr erst einmal Fragen habt, könnt ihr auch anrufen. Es ist selbstverständlich, daß wir Anonymität garantieren und Daten und Berichte nicht an Dritte weitergeben. Ansonsten: Wir treffen uns jeden Montag um 20 Uhr im Café Chaos - kommt doch mal vorbei!

Gegen die Nazis und gegen die Bullen - jetzt erst recht

Antifa Zehlendorf

Libertäre Tage '93

Männerdiskussion: Antipatriarchale Ansätze und Widerstandsperspektiven

Wir wollen,zusammen mit anderen, schwulen und heterosexuellen autonomen und anarchistischen Männern im Rahmen der LIBERTÄREN TAGE 93 die Diskussion um antipatriarchale Orientierung, Praxis und Widerstand anregen.
in Kurzfassung---

Unsere Vorstellungen zur inhaltlichen Diskussion....

....sind natürlich erstmal Vorschläge. Doch je früher wir uns über die verschiedenen Diskussionsinteressen austauschen, um so besser für die Diskussion in Frankfurt,da wir hoffen, daß ihr Euch dann auch vorbereitet haben werdet,ne!!

Vorab:Wir fänden es besser, keine rein theoretische Diskussion zu führen sondern eine Verknüpfung mit praktischen Handlungsansätze zu versuchen.

Drei allgemeinere Fragen:

1. Städteaustausch: Was ist Stand antipatriarchaler Auseinander=setzungen in einzelnen Städten/Regionen
   z.B.: - Heidelberg (Autonomes Zentrum -- Broschüre:Sexismus im autonomen Alltag
   - Münster (Umweltzentrum --> siehe: "Unfassba" nr.14/15 Nov.Schwerpunkt:Sexismus und Hierarchie in autonomen Strukturen
   - Berlin (Vergewaltigungsdiskussion--> Interim 218,22o.ff)

2. Inwieweit kann eine antipatriarchale Debatte für die derzeit desolate radikale (Männer)Linke eine Chance sein,aus ihrer Situation rauszukommen.Oder die Frage umgekehrt:Wie sehr hat unsere aktuelle Situation mit fehlenden Sexismus/Patriarchats=auseinandersetzungen zu tun? Ist unsere Ratlosigkeit eine Quittung für Nichtverhalten gegenüber patriarchaler Herrschaft ?

3. Gibt es überhaupt antipat.Praxis von Männern? Wenn nicht, und wir gehen davon aus,woran liegt es ? Ansätze liegen unseres Wissens nach an mindestens zwei Punkten offen:
   - Kampf der Patriarchalen Zurichtung von Männern /Aufruf zur Totalverweigerung ("Flammende Herzen" Erklärung zu Rekrutenzugsabotage, in "Razz" Antikriminalisierungs sondernummer-wasfürnwort!- 92)
   - Plakataktion gegen Sexismus und patriarchal geprägte Umgebung in Berliner Stadtviertel (s.:Interim 204)
   - war das alles...?

Speziellere Fragen an drei möglichen Ansatzpunkten:

1.) Stichwort Erlangen
Warum verhalten sich Männer (die antipatriarchalen Widerstand befürworten) nicht an der Frage der Gen und Reproduktionstechnologie?Gerade sie stärkt soziale Machtpositionen von Männern! Wenn wir diese Frage stellen, dann nicht,um von Frauen erarbeitetes Wissen und Erkenntnis für uns zu vereinamen sondern weil wir eine eigene Position gegen "Gen und Repro" vermissen.Gibt es dazu arbeitende Männer(gruppen)?

2.) Thema Jugoslawien/ Krieg und Vergewaltigung / und was ist noch links?
Warum gibt es eine Diskussion unter Linken, ob die UNO im ehem. Jugoslawien eingreifen soll, und keine Debatte um antimil=itaristische /antipatriarchale Positionen zu diesem Konflikt? Ist nicht die Unterstützung von Deserteuren/Totalverweigerern und Flüchtlingen (auch Sexismus ist Fluchtgrund!) unabhängig ihrer Nationalität der Schritt in die richtige Richtung? (Quelle: "Vorsicht Falle-Blauhelme" in taz 5.1.93)
Ist Kampf gegen Zurichtung von Männern eine Perspektive um deren Verfügbarkeit für kriegerische Handlungen (Von Verge=waltigung,Folter,Mord) zu untergraben? .

3.) Thema Antirassismus/Antifaschismus
Hat bei antirassistischen Aktivitäten auch antipatriarchales Verhalten mehr Bedeutung bekommen?
Und wieso gibt es so oft weitgehend widerspruchslos Reproduktion der klassischen (kommunistischen)Antifa-Politik anstatt anti=patriarchale Positionen und Praxis zu faschistisch und rassistisch motivierten Männern zu entwickeln ?

Gibt es entsprechende Diskussionen zu diesen Fragen ?

und...

warum im Rahmen der LIBERTÄREN TAGE?

Wir finden es gut, daß im Reader zu den LIBERTÄREN TAGEN eine Arbeitsgruppe "Herrschaftskritische Männer und das Patriarchat" vorgeschlagen wird und wollen mit unseren Fragestellungen an diese Ankündigung anknüpfen.(siehe Kasten)
Wir möchten uns dann auch dort mit euch treffen um zu überlegen, ob die uns wichtigen Fragen in dieser Ag diskutiert werden können, oder die Einrichtung einer weiteren Ag dazu sinnvoller erscheint, um sich nicht gegenseitig zu blockieren.
Möglichen Vorbehalten gegenüber den LIBERTÄREN TAGEN einerseits bzw. den evtl.Vorwurf, wir würden aufsattelnd damit dieses Treffen funktionalisieren, stellen wir als Autonome die Dringlichkeit und Notwendigkeit einer Diskussion um antipatriarchalen Widerstand gegenüber.
Wir, als Grüppchen, sind leider aktuell zu nicht viel mehr in der Lage ,als durch dieses Flugblatt unserere Fragen, Wünsche und Interessen zu formulieren.Auch darum wäre es schön, wenn andere Gruppen die Verantwortung für das Zustandekommen so einer AG übernehmen könnten,sofern sich das Diskussionsinteresse mit der Ag der Veranstalter nicht decken sollte. Das gilt auch für einen möglichen Reader auf den Libertären Tagen.
Sofern vorhanden ,bitten wir euch deßhalb Texte, Infos Flugblätter, Broschüren zu diesen Themen im weitesten Sinne Mitzubringen um damit gegebenenfalle einen "losen" Reader extra für die Ag zu erstellen.

Nun sind wir auf Resonanz gespannt und freuen uns jetzt schon auf Ostern in Frankfurt.

ein paar freischwebende Autonome



AG Herrschaftskritische Männer und das Patriarchat

In der Arbeitsgruppe soll überlegt werden, welchen Aufgaben sich herrschaftskritische Männer stellen müssen, um ihren Teil zur Überwindung des Patriarchats beitragen zu können.

Ziel dabei ist es, aus den gemeinsamen Erfahrungen ("persönlichen" und "politischen") in Kombination mit theoretischen Erkenntnissen möglichst konkrete Perspektiven für ein anarchistisch-antipatriarchales Engagement von Männern zu gewinnen.

Thesenpapiere und schriftliche Erfahrungsberichte zum Thema können und sollen an den AG-Vorbereiter geschickt werden und sollen mit die Ausgangsbasis der AG bilden.

Bei entsprechendem Interesse ist es auch möglich, vor den libertären Tagen ein gemeinsames AG-Vorbereitungstreffen durchzuführen.

Bodo Noeske

Kontaktadresse:
Bodo Noeske, Nahestr.3, W-6500 Mainz, Tel.: 06131/678231

Informationsmappe
In der Informationsmappe zu den Libertären Tagen 1993 sind die Zielsetzung, das Programm, der zeitliche Ablauf sowie Organisatorisches enthalten. Schwerpunkt der Informationsmappe ist die nähere Beschreibung der einzelnen Arbeitsgruppen und Veranstaltungen, um eine Auseinandersetzung mit den Themen im voraus zu ermöglichen.
Die Informationsmappe kostet 7.- DM, ab drei Exemplaren 5.- DM (Wiederverkaufsrabatt) incl. Porto.

Kontaktadresse: Libertäre Tage '93, c/o Dezentral, Sandweg 131a, W-6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069 - 49 09 203, FAX 069 - 49 40 943 oder Tel. 069 - 77 81 85

Konto: T. Schupp (LT '93), Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60, Konto-Nr.: 56 09 73 - 607

ZUR sogenannten MÄNNERFRAGE

Was Ihr im folgenden lest, ist ein Text, der als Diskussionsgrundlage für das Männertreffen auf einem BRD-weiten Infoladentreffen geschrieben wurde.
Daß dieser Text geschrieben wurde, hat seinen Grund darin, daß auf Treffen vorher auch hin-und-wieder Männertreffen stattgefunden hatten, die aber in der Regel in inhaltsleerem Blabla oder gar in Schweigen versanken. Mann-Sein im Patriarchat reicht eben noch nicht aus, um sich darüber auseinanderzusetzen.
Für die Veröffentlichung wurde der Text nochmal leicht überarbeitet und noch der Abschnitt zum Gleichheitsmythos hinzugefügt. Die Veröffentlichung dient dazu, wieder einmal einen Anstoß zu einer Diskussion über die "Männerfrage", das Patriarchat und die Revolution zu geben. Wir hoffen, daß es Reaktionen gibt, die die Diskussion auf dem nächsten Treffen wiederum bereichern können.

Diskussionsgrundlage zum Männertreffen auf dem Infoladentreffen

ALSO:

Die Autoren gehen davon aus, daß das Patriarchat nicht aus dem Gesamtsystem, der Totalität der Gesellschaft herausgelöst werden kann. Das heißt, es kann keine eigenständige Struktur konstruiert werden, die (z.B.) unabhängig von kapitalistischen Strukturen existiert. Der Kapitalismus ist immer sexistisch (und rassistisch), das Patriarchat dagegen hat in der Geschichte verschiedene Ausformungen erfahren, es gibt also nicht die (grob überschlagen) 3000 Jahre alten, immer gleichen Herrschaftsstrukturen von Männern über Frauen.

Wenn die Autoren von Strukturen reden, so haben sie nicht (nur) das Bild einer den Menschen äußerlichen Herrschaft im Kopf, die die Menschen manipuliert, sondern die Menschen sind Teil der Strukturen, und das meint alle: Männer und Frauen, Arbeiter und Kapitalisten. Die Strukturen ziehen sich durch die Menschen hindurch und geben ihnen die Formen und Spielräume vor, in denen sie sich bewegen und wählen können, und die Individuen reproduzieren diese Strukturen selbst durch ihr alltägliches Handeln.

Diese Strukturen sind in sich selbst widersprüchlich. Sie spalten die Gesellschaft in Sphären, die spezifische Funktionen haben und je nach ihrem Beitrag zum gesamtgesellschaftlichen Ziel – Schaffung von (Mehr-) Wert – hierarchisiert sind.

Ein Beispiel: Die Trennung von Öffentlich und Privat

Der sich entfaltende Kapitalismus, die Warenproduktion zum Zwecke der Anhäufung von noch mehr Wert statt zur Deckung von Bedürfnissen, zerreißt die feudalistische Einheit von Produktion und Reproduktion im Großfamilienzusammenhang. Die öffentliche Sphäre (die auch vorher schon existiert), in der Waren hergestellt, verwaltet und in (Mehr-) Wert verwandelt werden, in der der Gesamtbetrieb abgesichert wird, wird zur wichtigsten Sphäre, während die Reproduktion, das Private zwar notwendig ist (und durch die Aufspaltung überhaupt erst im heutigen Sinne entsteht), aber als minderwertig angesehen wird. Die Kleinfamilie als Privatraum konstituiert sich. Es finden die – bekannten – Rollenzuschreibungen statt: Der Mann als »Ernährer« und Produzent, die Frau als Hausfrau und emotionale und materielle Zuträgerin. Der öffentliche Bereich ist zweckrational organisiert, er schließt tendenziell jede Sinnlichkeit aus. Die Sinnlichkeit, die eben nicht zweckrational organisierbar ist, wird aufgrund dieser Widerspenstigkeit als minderwertig gesetzt – und damit die Projektionsfläche, die Frauen. Wenn mann sich im öffentlichen Bereich bewegt, diesen als »seine« Sphäre begreift und daraus seine Identität gewinnt, so setzt das voraus, Sinnlichkeit verdrängen und sinnliche Bedürfnisse aufschieben zu können – bis zur Rückkehr in den Privatbereich Familie. Mit anderen Worten: Mann muß psychisch so strukturiert sein, daß die gesellschaftliche Aufspaltung von 'öffentlich' und 'privat' nachvollzogen und ertragen/bewältigt werden kann.

Kleines Beispiel: Sozialarbeit

Zum einen ist Sozialarbeit immer in sich widersprüchlich, da sie – als kapitalisierter Bereich der Reproduktionsarbeit – eine Arbeit abverlangt, die sinnlich ist (Eingehen auf andere Menschen etc.), dies aber gleichzeitig in eine Form preßt, die dies eigentlich ausschließt. Zum zweiten wird Sozialarbeit von Männern und Frauen, die sie leisten, unterschiedlich bewertet :

Bei Männern erfahren die Tätigkeiten eine Aufwertung, werden also der Notwendigkeit der Identitätsgewinnung durch Arbeit angepaßt, während Frauen diese eher als bezahlte Fortsetzung ihrer (Haus-) Frauenrolle betrachten.

Der Mann projeziert Sinnlichkeit in den Privatbereich, sprich Heteros auf Frauen – aufgrund äußerer Notwendigkeiten (= strukturelle Gewalt), zu denen auch das Verhalten anderer Männer und Frauen zu rechnen ist, als auch deshalb, weil die männliche Psyche schon entsprechend vorstrukturiert ist. Frauen werden im öffentlichen Bereich entweder als geschlechtsneutral betrachtet oder (von Heteros) als Projektionsfläche für unterdrückte Sinnlichkeit benutzt, da sie prinzipiell »Fremdkörper« in einer »Männerwelt« sind und durch psychische Verarbeitungsmechanismen wieder an »ihren« Ort gepackt werden müssen.

Ersteres entspricht im übrigen der bürgerlichen Gleichheit (der Ware ist es bekanntlich egal, von wem sie produziert wird, auch wenn der Kapitalist den biologischen und sozialen Unterschied zur Gewinnmaximierung nutzt),die Unterschiede zwischen Individuen negiert. Letzteres ist die Betonung des Unterschiedes (in diesem Fall zwischen Mann und Frau), der biologisiert wird, was ebenso bürgerlich ist.

Im Privatbereich, der Familie/Beziehung und ihren Fortentwicklungen (Single, »Polygamie« etc.) schwankt der Hetero zwischen dem Drang/Ideal der Freiheit/Unabhängigkeit von der Frau, der Fortsetzung des Ideals des sich selbst reproduzierenden, sich selbst genügenden Arbeitstieres, und der Anerkennung der Abhängigkeit von der emotionalen Arbeit der Frau.

Er schwankt zwischen Selbstverwirklichung im privaten Zusammenhang und dem Aufgehen in einer totalen Beziehung, der vollkommenen Symbiose, die ewiges Glück und Geborgenheit verspricht.

Was heißt das für revolutionäre(?) Männer, das heißt für uns?

Wenn die Autoren von Männern/Heteros reden, so schließt dies uns (und die Autoren) natürlich mit ein. Wir sind untrennbar Teil des Systems, ob wir wollen oder nicht, wir leben in den Notwendigkeiten, die durch die gesellschaftlichen Strukturen vorgegeben sind, und reproduzieren diese Strukturen selbst durch unser Handeln. Ein Boykott ist nicht möglich, der individuelle Ausstieg (auch der von 1000 Individuen nebeneinander) eine bürgerliche Vorstellung, die bestenfalls zur Selbstverarschung führt. Wenn das männliche bürgerliche Individuum seine Identität in der Regel im öffentlichen Bereich zu finden versucht oder – aufgrund der zunehmenden Schwachsinnigkeit und Sinnlosigkeit der Tätigkeiten in diesem Bereich – auf eine »Selbstverwirklichung« im privaten Bereich projeziert, so drückt sich dies auch als Identitätssuche in der politischen Aktion aus. Gerade die Politik als öffentliche Veranstaltung ist ein Teil der öffentlichen Sphäre par excellance. Identität wird über die jeweils gewählte Form der politischen Aktion (Theorie, Straßenkampf, Funktionärsarbeit etc.) gebildet und durch einen entsprechenden ideologischen Überbau abgesichert, was tendenziell zur Abwertung anderer, scheinbar oder tatsächlich »konkurrierender« Aktionsformen / Identitäten führt (Theorie versus Praxis etc.).

Auch aus unseren Praxisformen ist Sinnlichkeit tendenziell ausgeschlossen – und zwar oft notwendigerweise : Es gibt keine sinnliche Theoriearbeit und ein Angriff auf Faschos gehört wohl zu den unsinnlichsten Angelegenheiten überhaupt. Und wir projezieren die Sinnlichkeit, die wir nicht zulassen können, zum einen in den Privatbereich und –als Heteros – auf Frauen. Entsprechend ist unser Verhältnis zu Frauen in unseren (gemischten) Zusammenhängen.

Entweder gelten sie als geschlechtsneutral, d.h. sie werden nicht als Individuen mit einem anderen sozialen Hintergrund wahrgenommen (vor der Revolution – und der Konterrevolution – sind alle gleich) und / oder der Unterschied wird betont und ihnen werden bestimmte Funktionen und Aufgaben zugeordnet, wie z.B. die bekannte als »Glätterin« der Wogen der männlichen Konkurrenz, der Zuträgerin für die eigentliche, die identitätsstiftende Arbeit der Männer.

Dies bedeutet aber auch, daß eine Abhängigkeit von Frauen existiert, die logischerweise zwanghaft geleugnet werden muß, um den Mythos des autonomen, freien und selbstständigen Individuums, das unter heldenhafter Aufopferung für die Revolution kämpft, nicht zu zerstören.

Ein durchaus alltägliches Beispiel: Die Selbstorganisation von Frauen

Wenn Frauen sich aus diesen Zuweisungen und Zuordnungen befreien und »Weiblichkeit« deutlich machen und leben wollen, sich also selbst nach ihren Vorstellungen und Bedürfnissen organisieren,

werden genau diese Strukturen angegriffen. Die vorherrschende Reaktionsform, der Versuch die Selbstorganisation zu verhindern, zumindestens aber zu kontrollieren, resultiert zum einen aus der Verlustangst, zum anderen daraus, daß dadurch der Gleichheitsmythos demaskiert wird.

Erster Exkurs: Verweilen wir bei der Verlustangst

Wie gesagt bedeutet Verlustangst Angst vor dem Verlust der Quelle der Reproduktion / Sinnlichkeit, die abgespalten wird und wieder angeeignet werden muß, dadurch aber auch kontrolliert werden kann, vor dem Verlust des Rückzugsgebietes, der Ruhe und Geborgenheit, von der Konkurrenz in der »Männerwelt«, dem Kampf um Identitäten und Macht.

Dies verweist auf die Angst vor Intimität / Sinnlichkeit mit anderen Männern. Daß Sinnlichkeit abgespalten und kontrolliert wird, bedeutet in der Umkehrung, daß sie als Bedrohung erfahren wird, wenn damit verbunden sein kann, daß Grenzen zwischen notwendigerweise getrennten Bereichen, z.B. Zweckrationalität / Kampf und Gefühl / Sinnlichkeit, eingerissen werden (und diese »Gefahr« besteht bei Sinnlichkeit im Prinzip immer, da sie sich gegen Funktionalität sperrt und des öfteren wellenförmig auftritt – siehe das berühmt / berüchtigte Schweben im Falle des Verliebt-Seins).

Da unter Männern zweckrationale Bündnisse und Konkurrenz vorherrschen, wird Sinnlichkeit gerade hier als Bedrohung insbesondere der männlichen Identität betrachtet. Sie bedroht die Grenzen, die feinsäuberlich zwischen sich und dem anderen errichtet und die nur unter Drogeneinfluß und emotionalen Extremzuständen überschritten werden. Daher resultiert der Mythos vom Schwulen als sexuell unermüdlich und grenzenlos sinnlich – wie auch bei anderen »Naturwesen« wie Schwarzen – was gleichzeitig bewundert / beneidet und bekämpft wird. Männerbünde stellen zweckrationale Bündnisse dar – zumindest zur gegenseitigen Versicherung, daß mann ein Mann ist und keine Frau – in denen die Konkurrenz zeitweise auf Eis gelegt wird um ein gemeinsames Ziel zu erreichen, in denen homoerotische Umtriebe ein Schmiermittel darstellen und ein Ventil erhalten, die sich aber innerhalb der festgestzten Grenzen halten müssen, um geduldet zu werden. Umso strikter fallen die Sanktionen aus, wenn diese überschritten werden.

Schwule stellen für Heteros die permanente Erinnerung daran dar, daß es auch ein anderes Leben als das ihre geben könnte – auch wenn dies zu den seltsamsten Zuschreibungen und Projektionen auf Schwule führt.

(Lesben dagegen stellen die konsequenteste Bedrohung männlicher Kontrolle über ihre Quelle von Sinnlichkeit dar.)

Zweiter Exkurs: Zum Gleichheitsmythos

Gleichheit ist immer abstrakt, sie ist gleichgültig gegenüber dem jeweiligen Inhalt – so sollten (nach klassisch-bürgerlichen Maßstäben) z.B. Christian Klar und Christian Worch nach den gleichen gesetzlichen Richtlinien behandelt werden. Dieses Prinzip gilt auch in unseren Strukturen: Frauen sind gleichberechtigt – und wir schließen daraus, daß, wenn Frauen z.B. keine Steine schmeißen, sie eben einfach anders sind, oder aber auf jeden Fall selbst daran schuld sind, weil das Recht dazu hätten sie ja. Jenseits dieses Tellerrandes bleibt: Die – eventuell andere Motivation, die unterschiedliche Konfrontation, die vorausgegangene Veränderung in der eigenen Sozialisation – Gleichheit gibt es eben nur abstrakt, als moralische Kategorie im Dienst der Revolution.

Bei uns gilt Gleichheit (natürlich die im Dienst der Revolution) als hehres Ziel, daß wir als gute Revolutionäre natürlich schon verwirklicht haben (oder ganz ehrlich hart daran arbeiten). Wenn das von Frauen mit dem Verweis auf bestehende Ungleichheiten und Herrschaftsverhältnisse als Mythos enttarnt und angegriffen wird, sind wir erstens beleidigt, zweitens versuchen wir dasselbe Prinzip auf einer neuen Stufe zu »verwirklichen«. Beliebte Hilfsmittel dazu sind die Tolerierung einer kontrollierbaren Frauenselbstorganisation (auch geeignet als Alibifunktion), die formelle Gleichstellung über Quoten, Veto etc., und das selbstanklagende Schuldbekenntnis plus nachfolgendem »Chamäleonverhalten«. Daß Frauen, die sich nicht unter diese Gleichheit subsumieren lassen wollen, oder – wie Lesben – nicht subsumierbar sind, damit ausgegrenzt und unsichtbar werden, ist dann nur noch die logische Konsequenz.

(einige Männer aus 2 Städten)



Alltäglichkeiten in einem DRK-Wohnheim für Flüchtlinge

Außen dran hängt ein Verbotsschild, daß das Betreten für Unbefugte verboten ist. Der Eingang ist bis unter die Decke vergittert. Ein bewaffneter Wachschutz-Pförtner kontrolliert die Papiere aller: entweder die Person ist im Heim gemeldet, oder aber sie muß ihren Paß abgeben. Erst dann geht es, auf Knopfdruck des Pförtners hin, durch eine Stahldrehtür nach innen. So unwürdig diese tagtägliche Kontrolle für die BewohnerInnen selber auch ist, viele Flüchtlinge empfinden sie dennoch als eine Art Schutz vor eventuell eindringenden RassistInnen. Beim Verlassen des Heimes müssen die Zimmerschlüssel abgegeben werden.

Drinnen dann ein endloses Labyrinth von Linoleum- Fluren, -Treppen... Entweder es riecht scharf nach Putzmittel, stinkt aus den Klos und Waschräumen oder aber von den überquellenden Mülleimern.

Circa 800 Frauen, Männer und Kinder "wohnen" hier. Alle, die als 'Familie' definiert werden, werden zusammen auf ein Zimmer gelegt. Die Mädchen und Frauen dieser Familien haben keine Chance eventuell prügelnden, sexistischen Vätern/Gatten oder Brüdern zu entkommen - denn Familie ist Familie. Frauen von Familien steht kein von den Männern getrennter Raum zu. Es gibt nur wenige Frauen, die nicht irgendwelchen Männern zugeordnet werden.

Die Athmosphäre im Heim ist sehr frauenfeindlich. Es beginnt schon bei den glotzenden, dreist begutachtenden, anzüglichen Männern vom Wachschutz/Pförtner. Nach dem Motto "Die verstehen ja eh nix" machen sie skrupellos sexistisch-rassistische Sprüche. Viele Flüchtlingsmänner im Heim behandeln Frauen - außer "ihren eigenen" - als Freiwild. Die Anmache und Zudringlichkeiten (von den Vergewaltigungen und Übergriffen ganz zu schweigen) machen den Frauen und Mädchen den Alltag im Heim zur Qual. Schon allein der Gang zum Klo wird zum Spießrutenlauf: viele Frauen/Mädchen bleiben soweit als möglich auf den abgesperrten Zimmern und gehen wenn dann nur zu zweit raus.

Die Dusch/Waschräume sind ein Kapitel für sich: sie sind nicht abschließbar von innen. Das heißt gerade für Frauen/Mädchen, daß sie auch in den intimsten Bereichen völlig ausgeliefert sind. Selbst wenn sie zu zweit sind ist das "scherzhafte" Aufreißen der Tür vom Waschraum durch irgendwelche Spanner nicht wirklich zu vermeiden. Für Einzelfrauen ist es fast unmöglich sich sicher zu waschen.

In einem gemischt-geschlechtlichem Heim Dusch/Waschräume ohne Schlösser anzubieten ist die Vorprogrammierung von sexuellen Übergriffen gegen Mädchen/Frauen. Es sind die deutschen Institutionen - hier das DRK - die den Männern die Flüchtlingsfrauen/-Mädchen als sexuelle Objekte anbieten.

Ein anderes Problem ist der Müll, Dreck und Gestank im Heim. Die Mülleimer quellen chronisch über wegen der Essensvergabe des Heimes: alles wird in Wegwerfverpackungen rausgegeben; es gibt weder Becher, noch Teller, noch Besteck das haltbar wäre, alles ist aus wegwerf-Plastik. Was das bedeutet bei einer täglichen "Vollverpflegung" von mindestens 600 Personen - also 3 Mahlzeiten pro Tag - ist kaum vorstellbar. Spätestens nach dem Mittagessen quellen sämtliche Mülleimer hoffnungslos über, das Restessen suppt unten aus den Mülltüten wieder raus. Die Essensreste/Abfälle verteilen sich unweigerlich durch Vorbeigehende über die Flure und Treppen.

Abgesehen davon, daß dieser Dreck überhaupt demütigend ist, heißt dies für Eltern von Kindern, daß sie ihre Kinder nicht einmal im Flur vor den Zimmern spielen lassen können. Also nicht nur die Frauen und Mädchen müssen auf den Zimmern bleiben, sondern zudem alle jüngeren Kinder. So hat das DRK-Heim den Flüchtlingen die deutsche Familienvorstellung schon erfolgreich aufgezwungen: die Frauen bleiben im "privaten" Bereich und zwar zusammen mit den Kindern.

Was das für den Alltag bedeutet kann frau (man?) sich vorstellen: auf einem relativ kleinem Zimmer müssen sich die Frauen, Mädchen und Kinder einer 'Familie' fast rund um die Uhr zusammen aufhalten, ohne wirkliche Beschäftigungsmöglichkeiten. Auch wenn Einkaufen und Kochen nicht das Glück auf Erden bedeuten, so haben sie doch eine wichtige Funktion und Bedeutung. Über die Mahlzeiten wird in jedem Lebenszusammenhang die eigene Kultur und Tradition weitergegeben und aufrechterhalten. Bei der Fürsorge für Kinder spielt die Nahrungsauswahl und -zubereitung eine besonders wichtige Rolle. Dieser ganze Bereich von selbstständiger Grundversorgung wird den Flüchtlingen versagt. Sie können ihren Kindern nur das fertige deutsche (schlechte!) Kantinen-Plastik-Essen vorsetzen.

Fast alle BewohnerInnen (von 800 ca. 600) müssen sich vom Heim verpflegen lassen. Diese Zwangsverpflegung ist ein sehr kraftvolles Mittel um den Flüchtlingen ihre eigene Kultur und Selbstständigkeit zu nehmen und sie zudem ihre Abhängigkeit (bis hin zur 5g Salz Ration) von der deutschen Bürokratie spüren zu lassen.

Die Essensausgabe findet zu festgelegten Zeiten statt. Sie erfolgt durch ein vergittertes Fenster. Das Gitter hat unten einen kleinen Spalt, wo das Essen durch geschoben wird - nach Kontrolle der Essenskarte und je nach Gutdünken auch nach Kontrolle der Polizeipapiere.

Alle Flüchtlinge, egal aus welcher Kultur und mit welchen Eßgewohnheiten sie bisher gelebt haben bekommen nun deutsches Kantinen-Essen.Der einzige Unterschied, den die deutsche Verwaltung zuläßt ist zwischen Essen mit oder ohne Schweinefleisch.

Kinder unter 3 Jahren steht Babynahrung zu. Ab 3 Jahren gibt es 'normal' Verpflegung, was z.B. auch heißt, daß ein 3-jähriges Mädchen mit 0,33 l H-Milch pro Tag auskommen muß. Wenn die Heimernährung für Erwachsene eine Zumutung ist, so ist sie für Kinder faktische Gesundheitszerstörung.

Was es zu essen gibt? Z.B. Kohlrouladen mit brauner Soße und Pfanni Kartoffelpürree, als Nachtisch Götterspeise in rot, grün oder gelb. Oder graue Koteletts (mehr Knochen als alles andere und mit dem Plastikbesteck nicht zu bewältigen) mit Kartoffeln und Rotkohl, und"Joghurt" ('Bauer' steht zwar drauf, aber es schmeckt nicht wie das , was in deutschen Läden unter 'Bauerjoghurt' zu finden ist: diese Heimvariante wirkt durchsichtig, ist unglaublich süß und von Früchten ist nichts zu finden).

Insgesamt gibt es viel zu wenig Frisches: fast nie Salat, nur selten Obst.

Die Zwangsverpflegung im Heim ist ganz klar auch eine ökonomische Entscheidung vom DRK. Indem sie an den Essensrationen sparen, können sie sich an den offiziellen Tagessätzen der Flüchtlinge bereichern. Die Essensmenge ist fast immer zu knapp berechnet, aber es gilt: eine Ration ist eine Ration -egal wie sie gerade ausfällt.

Die meisten Flüchtlinge vertragen das Essen nicht und leiden an Durchfall oder ähnlichen Krankheiten. Sie haben keine Möglichkeit sich mit für sie geeigneterem Essen zumindest gesund zu pflegen. Viele versuchen sich mit dem bißchen Taschengeld (4,- pro Tag) selbst zu verpflegen. Alle würden lieber das Geld, das das Heim für die Essensversorgung bekommt, ausgezahlt bekommen und sich selbst versorgen - gemäß ihren Bedürfnissen und Gewohnheiten und zu ihren Zeiten.

Die Essensorganisierung ist ein Beispiel für die Vereinzelungsstrategie des Heimes: da es keine gemeinsamen Speise- und Aufenthaltsräume gibt müssen alle mit den Plastiktellern auf ihre Zimmer gehen. Der Unmut über das Essen bleibt auf alle Zimmer vereinzelt, eine Organisierung oder nur ein breiter Austausch ist fast unmöglich. Hinzu kommen Sprachbarrieren und das Gegeneinander ausspielen der verschiedenen Gruppen durch die Bürokratie. Die Athosphäre zwischen den Flüchtlingen ist oft vergiftet von und durch deutsche Spaltungsmechanismen. Allzuoft werden Aggressionen über die Zustände aneinander

abgelassen. Die Schuldzuweisungen verlaufen entlang der deutschen Abstufungen zwischen "besseren" zu "schlechteren" AusländerInnen. Zur Zeit heißt das, daß den RumänInnen von vielen die Schuld für die Mißstände zugewiesen wird (so erklären sich z.B. viele die schikanösen Kontrollen der Heimleitung mit der behaupteten Kriminalität der Frauen, Männer und Kinder aus Rumänien).

Der offizielle Weg sich über die Zustände im Heim zu beschweren oder Rechte im Heim einzufordern führt zu der Sozialarbeiterin des Heimes: sie sitzt in einem großen Büro gleich nebenan von der Heimleitung. Sie ist Angestellte vom DRK und spricht von "wir" wenn sie meint "ich und die Heimleitung". Beschwerden bügelt sie ab mit verschiedenen Hinweisen auf Gesetze, die Heimordnung oder aber andere Zu ständigkeiten. Ihre Position beschreibt sie selbst so: "Ich bin keine Idealistin", verbessert sich darauf:"- keine Utopistin, sondern ich bin Realistin." Sie könne "leider" gar nichts machen - und sowieso sollen "ihre" Flüchtlinge froh sein, daß sie in einem DRK-Heim sind, da andere Träger sicherlich viel schlimmer seien. Nach einem einzigen Besuch ist klar, wieso kaum jemand zu ihr kommt und sie gelangweilt hinter ihrem riesigen Schreibtisch sitzt.

Montag, 25. Januar 1993

Thüringen: Geschäft mit Essenpaketen für Flüchtlinge

Nach ungenügender Vorbereitung droht handfester Skandal

Von unserem Mitarbeiter Holger Elias, Erfurt

Die Hungerstreiks bosnischer Kriegsflüchtlinge und rumänischer Asylbewerber in Thüringen in den vergangenen Wochen hatten handfeste Ursachen: Die Versorgung der Ausländer mit Essenpaketen gelingt keinesfalls so reibungslos, wie das ein von der Landesregierung initiiertes „Schauessen" vor wenigen Tagen deutlich machen sollte.

Unterdessen mußte die Firma MEIGO mit Sitz in Gera eingestehen, daß die Bereitstellung der Pakete nicht klappt. Die Firma hatte die Umstellung auf die Pakete nur unzureichend vorbereitet. Ende November hatte Sozialminister Frank-Michael Pietzsch (CDU) ein Dekret erlassen, mit dem die Kommunen angewiesen wurden, die Bargeldauszahlung durch „Sachleistungen" zu ersetzen. Konkret durch Pakete mit Lebensmitteln wie Fett, Eier, Mehl, Konserven.

Die Unzufriedenheit der Betroffenen wuchs, denn die Grundausstattung für einen funktionierenden Küchenbetrieb ist erst nach vier Wochen komplett. MEIGO beliefert über 6000 Asylbewerber in 93 Heimen, darunter 20 in Thüringen, und ist damit offenbar überfordert. Nur 85 Prozent des Verpflegungsgeldes erreichen die Asylbewerber, weil das Unternehmen davon angeblich auch die hohen Transport- und Vertriebskosten begleichen muß. Das federführende Sozialministerium hat trotz der Mißstände nicht für eine andere Lösung gesorgt.

Für den Landtagsabgeordneten Siegfried Geißler (Neues Forum) ist die Thüringer Praxis bei der Versorgung mit „Sachleistungen" ein handfester Skandal. Drei-Tages-Rationen, so ergaben Listen, enthalten zum Beispiel 80 Eier und vier Flaschen Essig. Hier offenbare sich, so Geißler, „auch die hohe Energie der von der Landesregierung beauftragten Firma MEIGO in Gera, auf Kosten der Asylbewerber und der Steuerzahler ihren Gewinn zu maximieren". Die Firma bleibe erheblich unter dem Verpflegungssatz von 23,10 Mark. Im Einzelhandel ist die gleiche Menge Waren für 17,77 oder 19,03 Mark zu bekommen. In einem Paket für vier Tage seien lediglich 60 Prozent des zustehenden Wertes festgestellt worden.

Besetztes Haus in Frankfurt gestürmt

Frankfurt/Oder. ADN
Mit einer Großrazzia ist die Polizei am Freitag gegen ein von linksautonomen Jugendlichen besetztes Haus in Frankfurt/Oder vorgegangen. Von dort soll in der Nacht zuvor ein Brandanschlag auf einen Jugendklub gestartet worden sein, der als Treff der rechten Szene bekannt ist. Mehrere Jugendliche versuchten, die Polizeiaktion zu verhindern. Sieben Personen wurden vorläufig festgenommen. Rund 60 Polizisten hatten das von den Linksautonomen verbarrikadierte Gebäude gestürmt.

Gewalt von links und recht

Überfall auf Gaststätte / Prügelei mit Asylbewerber

FRANKFURT A. [illegible] 24. Januar (AP). Zu offenbar politisch motivierten Gewalttätigkeiten ist es am Wochenende in mehreren Orten Deutschlands gekommen. In Ichtershausen bei Arnstadt in Thüringen überfielen Polizeiangaben zufolge in der Nacht zum Sonntag etwa 40 Vermummte eine Gaststätte. Die Täter fuhren kurz vor Mitternacht mit acht Fahrzeugen vor die Tanzgaststätte „Zum Ritter", die als Treffpunkt rechtsgerichteter Jugendlicher bekannt ist.

Die Angreifer versuchten, gewaltsam in das Lokal einzudringen, das von innen abgeschlossen war. Mit Baseballschlägern und Zaunlatten zerschlugen sie nach Polizeiangaben Fensterscheiben und eine Holzwand im Vorzimmer. Verletzt worden sei niemand. Die Täter flüchteten vor dem Eintreffen der Polizei.

Rund 150 vermummte Jugendliche randalierten im Ostberliner Stadtteil Friedrichshain. Wie die Polizei mitteilte, schlugen sie Schaufenster ein, warfen einen Brandsatz in eine Bank und rollten Rohre von einer Baustelle auf die Straße.

Glimpflich ging in der Nacht zum Samstag ein Schußwaffenanschlag auf eine türkische Gaststätte in Augsburg aus. Die Polizeidirektion in der schwäbischen Hauptstadt berichtete, daß ein bisher unbekannter Mann mindestens fünf Schüsse auf das Gasthaus abgab. Zur Zeit des Anschlags hielten sich etwa 60 Gäste in dem Lokal auf, das von einer türkischen Pächterin betrieben wird.

In Boizenburg an der Elbe kam es in einer Diskothek zu Auseinandersetzungen zwischen Asylbewerbern und deutschen Jugendlichen. Den Angaben zufolge konnte die Polizei die Schlägerei beenden. Mit massivem Polizeieinsatz seien weitere Auseinandersetzungen verhindert worden. In Schlotheim bei Mühlhausen in Thüringen wurde in der Nacht zum Sonntag ein Jugendlicher bei einem Streit in einer Pizzeria erstochen. Der Hintergrund der Tat ist Polizeiangaben zufolge noch ungeklärt. Der Täter wurde noch am Tatort festgenommen, hieß es.

Anschlag auf Olympia-Autos

Mehr als 120 Reifen von Telekom-Fahrzeugen zerstochen

Vermutlich militante Gegner der Berliner Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele 2000 haben in der Nacht zum Dienstag 46 Fahrzeuge der Telekom erheblich beschädigt. Nach Angaben von Telekom-Pressereferent Detlev Ullrich wurden insgesamt 122 Fahrzeugreifen zerstochen. Die Täter haben außerdem 15 Autos mit olympiafeindlichen Parolen beschmiert.

Ullrich bezifferte den Schaden mit mindestens 50000 Mark. Die Telekom, die inzwischen bei der Polizei Strafanzeige erstattet hat, geht von einer gezielten Anti-Olympia-Aktion aus. Die Fahrzeuge waren an drei verschiedenen Orten im Bezirk Mitte abgestellt: An der Alexanderstraße, an der Magazinstraße und an der Klosterstraße. Alle Autos trugen einen Aufkleber, aus dem die Unterstützung der Telekom für das Projekt Olympia 2000 hervorgeht.

Gewaltbereite Olympia-Gegner hatten in den vergangenen Monaten bereits mehrere Anschläge verübt. Computer einer Planungsfirma gingen ebenso wie Fahrzeuge der Olympia GmbH in Flammen auf. Außerdem wurden Fensterscheiben des Berlin-Pavillons in Tiergarten eingeworfen und zahlreiche Parkbänke beschädigt, die das Berlin-2000-Signet trugen.



"Das Interessante liegt nicht darin, den Plan zu entdecken, der das alles angeleitet hat, sondern die Strategie herauszufinden, wie sich die Stücke plaziert haben."

Michel Foucault, Mikrophysik der Macht, 1976

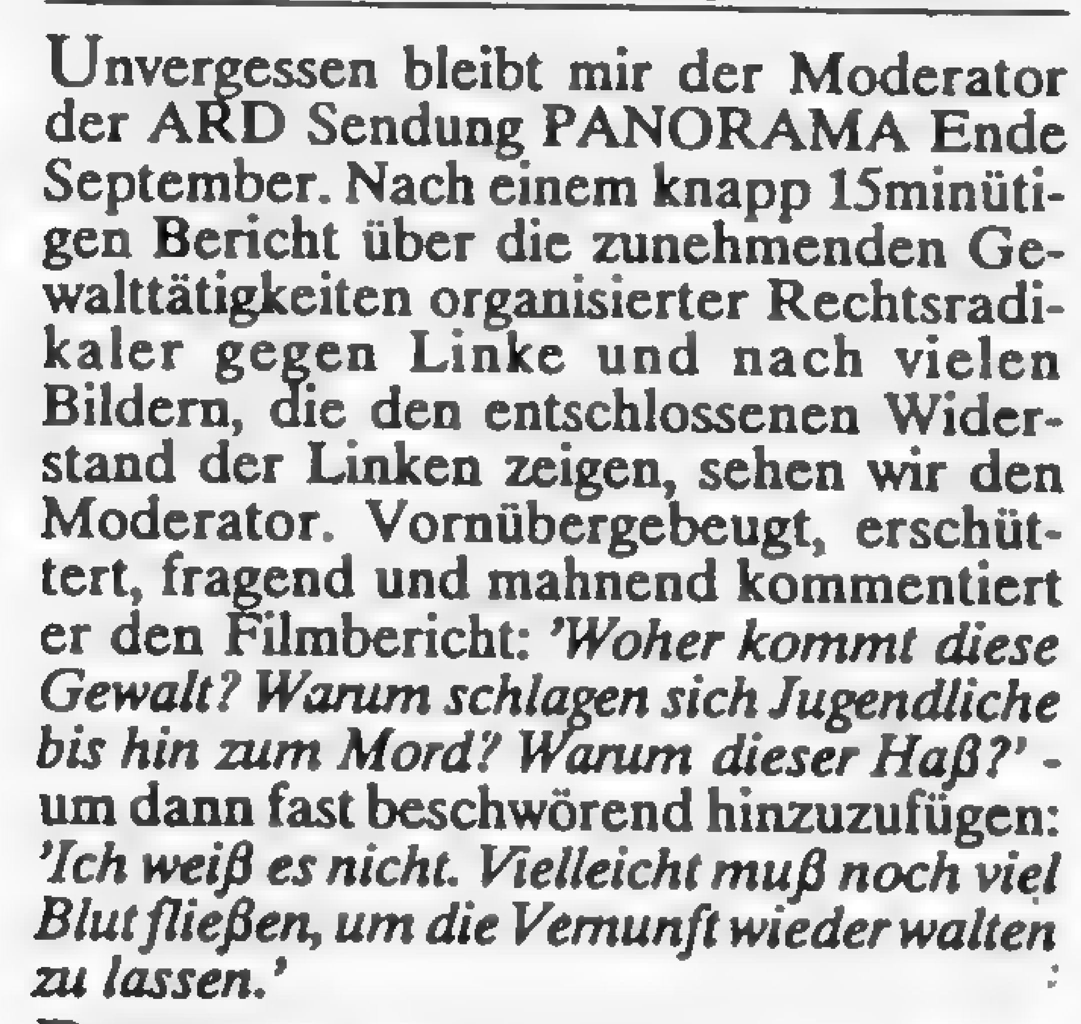
Wohlstand gegen Rassismus?







I
Das Plattenbau-Syndrom



Unvergessen bleibt mir der Moderator der ARD Sendung PANORAMA Ende September. Nach einem knapp 15minütigen Bericht über die zunehmenden Gewalttätigkeiten organisierter Rechtsradikaler gegen Linke und nach vielen Bildern, die den entschlossenen Widerstand der Linken zeigen, sehen wir den Moderator. Vornübergebeugt, erschüttert, fragend und mahnend kommentiert er den Filmbericht: *'Woher kommt diese Gewalt? Warum schlagen sich Jugendliche bis hin zum Mord? Warum dieser Haß?'* - um dann fast beschwörend hinzuzufügen: *'Ich weiß es nicht. Vielleicht muß noch viel Blut fließen, um die Vernunft wieder walten zu lassen.'*

Der Kollege vom Fernsehen hätte wissen müssen, wo die Gewalt herkommt. Denn in allen Sondersendungen, Berichten und Tagesthemen werden die Hintergründe rechter Gewalt deutlich benannt. Meist begnügen sich die Kommentatoren mit einem Wort, um schlagartig alle erforderlichen Zusammenhänge zu verdeutlichen: **Plattenbau**.

Wenn am frühen Morgen, nachdem ein x-beliebiger Mob mal wieder irgendwo in den FNL (Fünf-Neuen-Bundesländern) gewütet hat, das Fernsehteam anrückt, wird noch vor dem Kaffee ein langer Kameraschwenk über die Fassaden des ehemaligen sozialen Wohnungsbaus der DDR abgefilmt. Dieser Schwenk dient am Abend in den Tagesthemen/Heute-Journal meist als Einleitung für einen Hintergrundbericht. Der Sprecher kommentiert mit sehr ernster Stimme: *"Rostock - Lichtenhagen, ein Plattenbau!"* Wo der unkundige Bürger noch arglos fragen möchte: *"Na und?"* oder ein aufmunterndes: *"Aha, und was nun?"* dazusetzen möchte, hat die Mehrheit der Bevölkerung ihr Neudeutsch schon gelernt. *"Plattenbau"* ist der Code, der nicht nur erklärt, warum ein Haufen Leute eine Gruppe anderer Leute töten will oder dies billigend in Kauf nimmt. *"Plattenbau"* ist noch mehr: Ist Rechtfertigung, Sozialanalyse, TäterInnenentlastung und angewandte Geschichtsbewältigung.. Wer aus einem Plattenbau stammt, der kann doch gar nicht anders, als dem nächsten Vietnamesen die Fresse blau zu schlagen. Das muß man doch verstehen können.

Sprecher: *"Eine Vorstadt von Wismar - Plattenbau..."* Mehr muß nicht gesagt werden. Da riecht es schon aus dem Fernseher nach berechtigter Brandstiftung. Da will man schon selber aus Rache für 40 Jahre DDR-Architektur das nächste Flüchtlingsheim belagern. *"Magdeburg - unmittelbar neben dieser Siedlung in Plattenbauweise wohnen ..."*.

Kürzlich unterlief einem Redakteur des Weserkurier ein unverzeihlicher Fehler. Er versuchte das Plattenbau-Syndrom zu *begründen*. Nachdem das Wort "Plattenbau" in Zusammenhang mit Übergriffe gegen Emigranten gefallen war, versuchte dieser unglückliche Tropf etwas weitergehendes, erklärendes anzufügen: *"In dieser Siedlung gibt es keinen Jugendclub, keinen Treffpunkt für junge Leute."* Knapp daneben, ist auch daneben. Die Plattenbauweise, so doch die offizielle Lesart, ist doch eben deshalb so aggressionsfördernd, **weil es sie gab**, diese berüchtigten SDJ-Jugendclubs, in denen die West-Cola fehlte und ausschließlich Songs des Don-Kosaken-Chors zu hören waren. Plattenbau ist aber doch nicht etwa heimtückisch, weil im Zuge der Vereinigung all diese faden Treffs dichtgemacht wurden. Plattenbau macht aggressiv, weil Plattenbau der fleischgewordene Kommunismus schlechthin ist - und nicht, weil die Zerstörung dieser roten Terror-Gesellschaft ein Leben in Ödnis schafft. Der Kollege vom Weserkurier hatte Ursache und Wirkung velwechsert.

Hätte unser Freund sich mit der Geschichte des Wohnbaus in der DDR beschäftigt, er wäre auf überraschende Ergebnisse gestoßen: In Deutschland begriffen Städteplaner, Stadtsoziologen und Strategen der Inneren Sicherheit sehr schnell die ungeheure Chance, die sich durch die Zerstörung der Innenstädte durch den 2.Weltkrieg ergab. Schon 1943, nach den ersten großen Bombardements, jubelten die Städteplaner: *"Jegliche frühere hamburgische Generalplanung mußte, wenn sie nicht Gefahr laufen wollte, ins Utopische abzugleiten ... die überkommenen baulichen Verhältnisse in den Innenstadtteilen mehr oder weniger hinnehmen. Eine wenn auch allmähliche, so doch wirklich wirksame Sanierung, insbesondere eine Herabsetzung der unverantwortlichen Besiedlungsdichte in diesen Stadtteilen, in denen immer die kommunistische 'Wählerschaft' gesessen hat, schien einer ganz fernen Zukunft vorbehalten. Der neue Generalplan geht von den nun durch die Zerstörung geschaffenen Tatsachen und völlig neuen Möglichkeiten aus..."* (1) Nach dem verlorengegangenen Krieg versuchten die Planungsgruppen, teilweise in personeller Kontinuität zu den NS-Stadtplanungsgruppen, die BRD in den 'Grundzügen einer kriminalitätsabwehrenden Architektur' aufzubauen. *"Der kriminalitätsabwehrenden Architektur geht es darum, Verhaltensmuster und Interaktionen zu entwickeln, die zu einem Sinn für Besitz, für Verantwortlichkeit, für andere, für Territorialität führt."* (2) Städtebauprogramme zur Mäßigung der Bevölkerung - das war immer ein Traum westdeutscher Strategen.

Aber es gibt auch eine andere Tradition des Bauens, die sich mehr den Menschen verpflichtet fühlt, die in den Häusern wohnen. Nach 1945 griffen viele Städtebauer die Ideen des Weimarer Bauhaus

auf, eine sachliche, funktionale, moderne Bauweise. Die arbeitenden Menschen sollten außerhalb der lärmenden und verdreckten Industriezonen helle, saubere, warme Wohnungen finden: Die in den 60er Jahren entstandene Neue Vahr ist bis heute ein eindrucksvolles Beispiel einer solchen Architektur. Für viele Menschen, die in verfallenden, schwer heizbaren Altbauten ohne WC und Bad lebten, war der Umzug in die Neue Vahr ein enormer Gewinn. Auch wenn wir heute die Trennung von Schlaf- und Arbeitsstätten ablehnen, muß der emanzipatorische Gedanke, der hinter diesen Konzepten stand, einmal deutlich benannt werden.

Ungemein wichtiger als für die BRD wurde der in der Tradition des Bauhaus stehende soziale Wohnungsbau für die DDR. Ein wichtiger Gedanke der Bauhaus-Architekten war, neben der Trennung der Arbeits- von der Wohnsphäre, das Prinzip, durch industrielle Fertigung der Bauteile die Kosten derart zu senken, daß alle Teile der Gesellschaft in hellen, warmen, komfortablen Wohnungen leben können. Es war der Traum einer Architektur, der allen gesellschaftlichen Klassen Fortschritt bringt. Bis heute sind die berüchtigten Plattenbaustädte für viele Frauen und Männer eine echte Alternative zu den Innenstädten, und ihren verfallenden Altbauten oder unbezahlbaren Appartements. Hier sollen nicht die Schwächen dieser Bauweise weggeredet werden - wichtig ist mir nur, den Plattenbau gegen das Design-Verwöhnte Westpublikum als soziale Idee zu verteidigen.

Nun, so genau wollte es der Kollege vom Fernsehen nicht wissen. Das Wort vom'Plattenbau' soll den Menschen daheim vorm Fernseher nur das Gruseln lehren.

"*Sonntag, zwanzig Uhr. Die Menschen aus der Plattenbaustadt versammeln sich, um...*" Das klingt nicht gut, wir alle wissen, wie's weiter geht.

II
Das Treuhand-Syndrom

Wir Linken schauen hinter die Plattenbaufassaden. Wir geben uns nicht mit so einfachen Erklärungen ab. Es muß doch jemand schuld haben. Es muß doch jemand diese Plattenbau-Menschen verführt haben.

Hat auch. In Wirklichkeit ist das alles nämlich ganz schön geplant. *'Nationalismus und Rassismus sind Ideologien der Herrschenden'*, erfahren wir kurz und bündig im Demonstrationsaufruf des Bremer Anti-Rassismus-Büro zum 2.Jahrestag der Wiedervereinigung. In diesem Aufruf erfahren wir, was die Herrschenden so den ganzen Tag machen: Es werden *'Pogrome lanciert'*, die *'Rebellion umgelenkt'*, es wird *'Akzeptanz für Polizeiterror geschaffen'*, die *'Propaganda' 'greift gezielt an'*. Alles kann und alles macht Papa Staat.

Und das ganze Staatstheater kann nur wirksam werden, weil es den Menschen draußen im Lande immer schlechter geht: "*explodierende Mieten, extreme Wohnungsnot, massive Steuererhöhungen für die, die sich ohnehin keine 'großen Sprünge' leisten können.*"

In einem Bündnisaufruf von verschiedenen Gruppen zur gleichen Demonstration werden andere Zusammenhänge aufgezeigt. Dennoch findet sich auch hier eine Passage, die den "Sozialabbau" für die Pogrome verantwortlich macht:

"*Fortschreitender Sozialabbau", "Während im Osten Deutschlands die Treuhand freie Hand erhält, um die Interessen von Bonzen und Wirtschaftskonzernen gnadenlos durchzusetzen, während immer mehr Männer und Frauen dabei auf der Strecke bleiben...*".

Bleiben sie das? Welche Männer und Frauen bleiben eigentlich auf welcher Strecke? Worum gehts jetzt eigentlich, um Rassismus, Pogrome, oder... "*Sicher, die hier lebenden Männer und Frauen haben ein Recht auf Wohlstand und Glück, aber die, die sie um den vermeintlichen BRD-Wohlstand betrogen haben, die für den Sozialabbau in Ost und West (..., Treuhandpolitik, ...) Verantwortlichen, sitzen nicht in den Flüchtlingsheimen, sondern in Bonn und den Konzernsesseln.*" *(aus dem Demoaufruf)*



Demonstration gegen Rassismus und Großdeutschland, 2.Oktober 1992 in Bremen
photo: jan van der leyden

"*Rassismus und Großdeutschland - Nicht auszuhalten.*" Ist es nicht? Fortschreitender Sozialabbau? Es ist richtig, daß die Bundesregierung und auch "das Kapital" mit einer erheblichen Rezession zu kämpfen hat. Es ist auch offensichtlich, daß diese auf dem Rücken derer ausgetragen wird, die eh nicht zu viel haben. Für einen Teil der Bevölkerung sind die Lebensverhältnisse schon jetzt dramatisch. Vor allem die Situation der Frauen in der Ex-DDR spottet jeder Beschreibung: Arbeitgeber verlangen Erklärungen, in denen sich Frauen auf Jahre verpflichten, nicht schwanger zu werden. Betriebsschließungen, Arbeitslosigkeit, Lohndrückerei - eine Art Manchester-Kapitalismus ergänzt (und konterkariert zeitweise auch) aufs feinste die sorgsamen Kapitalisierungs-Strategien der Treuhand. Die Demonstration hatte all dies, zu Recht, zum Thema. In diesem Text soll es darum gehen, die zu einfache Verknüpfung der sozialen Probleme in den FNL mit der Frage des Rassismus zu kritisieren.

Denn ist es nicht eine gefährliche Fehleinschätzung, ausgerechnet zur Bekämpfung von Rassismus "*Wohlstand und Glück für alle*" zu fordern? Ist denn fehlender Wohlstand der Motor für Rassismus und ist Rassismus erledigt, wenn die Leute im Speck sitzen? Oder ist es nicht vielmehr umgekehrt: Rassismus ist eben auch ein Abwehrmechanismus der 'weißen Herrenvölker', der Europäer, platt: Der Reichen dieser Welt gegen die Völker der anderen Kontinente. Mittlerweile gibt es ja genügend Untersuchungen über die Sozial-Struktur derjenigen, die rassistische Pogrome anzetteln. Und diese Ergebnisse sind eindeutig: In Rostock haben eben nicht arbeitslose Frauen Flüchtlinge anzünden wollen, sondern Lehrlinge, Facharbeiter, mittlere und kleinere Angestellte - und alle waren sie Männer. Es waren Männer, die etwas zu verlieren haben: Ihr sicheres Auskommen, ihre europäischen Privilegien gegenüber dem Rest der Welt und ihren Status als Mann. Wer Rassismus diskutieren und bekämpfen will, muß über diese Zusammenhänge sprechen.

Wohlstand für alle?

Es ist schon fast zynisch, Wohlstand für alle zu fordern, wenn man zur gleichen Zeit weiß, daß es für alle keinen Wohlstand geben kann. Denn *'Wohlstand'* (Ökoshampoo, Vollkornbrot, Versicherungsbetrug, Arbeitsschutz, T-Shirts für 5 DM und Bananen geschenkt, Gruppendynamik, Therapie, Zentralheizung, Beziehungskrisen als Lebenssinn und Gomera-Rucksackreisen und immerhin noch soetwas wie ein soziales Netz) leisten sich auf dieser Erde nur eine kleine, militante Minderheit: U.a. die

Westdeutschen. Das angeblich den "Ostdeutschen" all diese Errungenschaften des Westens vorenthalten werden, soll also der Grund für Pogrome sein, wie sie zur Zeit üblich werden.

Das Anti-Rassismus-Büro schreibt:" *Nazibanden werden systematisch verharmlost, weil sie geeignet sind, von der berechtigten Wut auf die Treuhand und deren Zerstörungsfeldzug im Osten des Landes abzulenken.*"

Sicher werden Nazi-Banden verharmlost. Aber um vom "*Zerstörungsfeldzug der Treuhand abzulenken?*" Warum sollte die Treuhand ihre Arbeit verstecken? Eine wahrhaft überwältigte Mehrheit der DeutschInnen sieht in der Arbeit der Treuhand die notwendige Demontage eines verotteten, kommunistischen Systems. Wenn dabei ihr Arbeitsplatz verloren geht, halten sie das für eine Fehlentscheidung der Treuhand, und in den letzten Monaten hat es zahlreiche Streiks und Proteste deswegen gegen die Treuhand gegeben. Aber der **Auftrag** der Treuhand, die Beseitigung der 'kommunistischen Planwirtschaft und die Schaffung von sozialer Marktwirtschaft in Frieden und Freiheit' - gegen diesen Auftrag hat die Mehrheit in den FNL nichts einzuwenden.

Und diese DeutschInnen "haben Recht". Um Wohlstand und Glück über die FNL zu bringen, ist es dringend notwendig, daß die Treuhand ihre Arbeit ungestört fortsetzen kann. Sicher erfordert es einige "chirugische Schnitte", also sozial dramatische Veränderungen, um die Ex-DDR "Tip-Top" zu machen. Aber es ist auch nicht einfach, zügig ein System aufzubauen, das all das produziert und verbraucht, was man so Wohlstand nennt. Wer da auf der "Strecke bleibt", das sind ersteinmal ganz andere: Das sind beispielsweise die 110000 KontraktarbeiterInnen aus Afrika und Asien, die bis zur Auflösung der DDR für den Sozialismus deutscher Prägung geschuftet haben.

Was die Deutschen dem Kommunismus à la DDR vor allem vorwerfen, ist doch, daß die DDR Regierung die BRD **zu schlecht kopiert** hat: Die stille Übereinkunft - "nennt ihr es Sozialismus, Hauptsache uns gehts besser als den anderen im Ostblock" - ist gescheitert. Die Treuhand zerstört jetzt ein System, daß seinen Bürgern nicht genügend "Wohlstand" bescheren konnte. Warten wir ab. Wenn es der Treuhand gelingt, die Arbeitslosigkeit auf einem "ertragbaren" Level zu halten, und ansonsten auch die FNL zu dieser Trauminsel zu machen, wie schon die BRD eine ist, wird die "berechtigte Wut" auf die Treuhand einem nationalen Konsens weichen, der allen Nicht-Deutschen nur noch eiskalte Angst einjagen kann.

III
Das Ost-West-Syndrom

Sowohl die Treuhand-, als auch die Plattenbau-These akzeptieren die landläufige Meinung, in den fünf neuen Bundesländern tobe der rassistische Mob mehr als im Westen. Während die bürgerliche Presse die Schuld dem Wohnungsbauministerium der DDR und allgemein dem Kommunismus gibt, suchen Linke in der Arbeit der Treuhand die Ursachen.

Leider ist das alles Quatsch. Schon die Vorraussetzungen stimmen nicht. Rassistische Angriffe, pogromartige Zusammenrottungen gibt es in den alten, wie in den neuen Bundesländern gleichermaßen. Selbst das Bundesamt für den Verfassungsschutz spricht für den Zeitraum bis September 1992 von 1296 Gewalttaten "mit rechtsextremer Motivation" (was immer auch Verfassungsschützer darunter verstehen). Davon seien 813 in Westdeutschland und 483 in Ostdeutschland verübt worden. Deutlicher als in diesen kaltschnäuzigen Zahlenspielen des VS wird in der Zeitschrift 'konkret', daß Neonazis und Rassisten im Westen ebenso aktiv sind, wie im Osten. Seit über einem Jahr dokumentiert 'konkret' monatlich möglichst umfassend rassistische und neofaschistische Angriffe.

Rassismus ist kein Notventil für eine sozial ausweglose Situation. Das wird vom Bundespräsidenten bis zum Sozialarbeiter behauptet, und das behauptet auch der Aufruf des Anti-Rassismus-Büros. Der Bundespräsident empfiehlt Abenteuerspielplätze und Beschäftigung für die jungen Leute, die aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit keinen Sinn im Leben sehen. Das Anti-Rassismus-Büro empfiehlt, die Menschen zu überzeugen, das sie eigentlich den Bonzen, statt den Ausländern eins auf die Nase geben sollen. Wer so Rassismus bekämpfen will, müßte Vollbeschäftigung fordern, um die Deutschen vom Randalieren abzuhalten.

Rassismus beschränkt sich auch nicht auf militante Angriffe gegen Flüchtlingsheime. Er ist die alle Klassen (und modifiziert auch beide Geschlechter) durchziehende Struktur einer Gesellschaft, die die Berliner Sozialwissenschaftlerin Rommelspacher "Dominanzkultur" genannt hat. Wir haben diesen Ansatz in einem älteren kassiber schoneinmal vorgestellt.

Was heißt "Dominanzkultur"? Im wesentlichen bedeutet das, daß Frauen und Männer in Deutschland nicht deshalb rassistisch sind, weil sie zu wenig haben, sondern weil sie das verteidigen wollen, was sie haben. Deutsche, auch wenn sie arbeitslos sind, haben immer noch bessere Schnitte als jeder dahergelaufene Flüchtling. Gegen diese Flüchtlinge gibt es etwas zu verteidigen. Nicht nur ökonomische Ressourcen, sondern eine ganze **Kultur des Sieges**, der Übermacht, der Überheblichkeit und der Höherwertigkeit. 'Zivilisation', 'Sauberkeit', 'Fleiß', 'Odentlichkeit' - das wurde in Mannheim und Rostock verteidigt. Die 'weiße Zivilisation' gegen die De-Zivilisation. 'Weiße Zivilisation' ist mehr als nur Reichtum - es ist die Option auf eine Weltordnung, die seit fünfhundert Jahren den größten Teil der Welt destruiert für die Errungenschaften der europäischen Zivilisation. Und diese Zivilisation umfaßt die KonsumentInnen von billigen Bananen ebenso wie die umweltbewußten Jute-Taschen-TrägerInnen ebenso wie BesucherInnen des Goethe-Theaters. Zugespitzt könnte man fast sagen: Wenn es um Rassismus geht, leben wir in einer klassenlosen Gesellschaft.

Welches sind die Inhalte der Konstruktion von Rassismen? Moderner Rassismus findet seinen Ursprung in der Unterwerfung der Kontinente durch Europa. Die Konstruktion von 'Rassen' und die damit verbundene Vorstellung der Überlegenheit der europäischen Rasse ist zuerst vielleicht eine "Erklärung" des militärischen Sieges über die Völker der Kontinente gewesen. In inniger Wechselwirkung mit dem Entstehen kapitalistischer Vorstellungen (Handel als Warenverkehr) wurde Rassismus eine wissenschaftliche Rechtfertigung des weltweiten Kolonialsystem und zugleich Motor zur Ausweitung des Kolonialsystems.

Aber in den letzten 50 Jahren haben mit der Entkolonialisierung des Trikonts diese Diskurse an Bedeutung verloren. "*Der neue Rassismus*" schreibt der französische Soziologe Wallerstein "*ist ein Rassimus der Epoche der 'Entkolonialisierung', in der sich die Bewegungsrichtung der Bevölkerung zwischen den alten Kolonien und den alten 'Mutterländern' umkehrt und sich zugleich die Aufspaltung der Menschheit innerhalb eines einzigen politischen Raumes vollzieht. Ideologisch gehört der gegenwärtige Rassismus, der sich bei uns um den Komplex der Immigration herum ausgebildet hat, in den Zusammenhang eines 'Rassismus ohne Rassen'. (...) Eines Rassismus, dessen vorherrschendes Thema nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenz ist; eines Rassismus, der - jedenfalls auf den ersten Blick - nicht mehr die Überlegenheit bestimmter Gruppen oder Völker über andere postuliert, sondern sich darauf 'beschränkt', die Schädlichkeit jeder Grenzverwischung ... zu behaupten.*" Was Wallerstein hier für Frankreich und vor allem für die Auseinandersetzung zwischen europäischen und islamischen Denken sagt, gilt für die BRD ähnlich. Es wird nicht mehr in erster Linie die Überlegenheit einer 'Rasse' behauptet, sondern die einer **Kultur**. Und der "kulturell andere" (vor dem man sich fürchten muß) lebt nicht mehr nur auf anderen Kontinenten, sondern mitten in dieser Gesellschaft. "Kulturen" darf es zwar viele geben ("Multikultur"), aber sie sollen sich nicht vermischen, sie sollen original bleiben, so tönt es von grünen "Kulturpolitikern" bis zur DVU. Die biologische Falle hat der kulturellen Platz gemacht.

Was harmlos klingt, führt genauso scharf zum Kampf gegen angeblich "Unterlegene" oder "Minderwertige", wie der einst biologistische Rassendiskurs. "Kulturen" sind entweder "zivilisiert" oder eben "primitiv". Im *Stern* und *Spiegel* wimmelt es zur Zeit von großen, farbigen Bildberichten über die "archaische Kultur" der "europäischen Zigeuner".

"*... als die implizit überlegenen Kulturen gelten diejenigen, die die 'individuelle' Initiative, den sozialen und politischen Individualismus, besonders hoch bewerten und fördern, im Gegensatz zu denjenigen Kulturen, die ihn hemmen und einengen. Die überlegenen Kulturen wären demnach diejenigen, deren 'Gemeinschaftsgeist' von nichts anderem als vom Individualismus gebildet würde.*" (Wallerstein, 34)

Der rassistische Diskurs kreist dementsprechend um immer die gleichen Begriffe: Es wird von *Familienclans* gesprochen, *Blutrache* ist Chiffre eines blinden Gehorsams gegenüber den Bindungen 'des Blutes', *Subsistenz* ist Inbegriff von fehlendem Ehrgeiz und Leistungsbewußtsein und *religiöser Fanatismus* der

Massen (überhaupt Massen: Andere Kulturen gibt es nur in Form von Massen) zeugt von fehlendem kritischen Bewußtsein des Einzelnen. Wenn *Individuum* und *Leistung* nichts gilt, wird diese *Irrationalität* zum Kennzeichen 'unterentwickelter' Kulturen. Rassismus wird so auch zum Reflex auf eine europäische Gesellschaft, die sich dem sozial und psychisch tötenden Kult des entfremdeten Individuums verschrieben hat.

Was hat den Mob in Mannheim oder Rostock auf die Straße getrieben? Vielleicht ist es doch einfach die mehr oder weniger spontane Mobilisierung gegen eine 'fremde Kultur', die behördlicherseits in die Stadtteile implantiert wurde. 'Das Volk' sieht es nicht als gerechtfertigt an, daß es sich mit in Lagern und Heimen zusammengedrängten Fremden arrangieren soll. Der rassistische Diskurs organisiert eine spontane Ablehnung gegen Fremde in Form des Pogroms. Wichtig scheint bei diesem Schritt in die offene Gewalt vor allem die Wahrnehmung der Fremden als *Haufen, Gruppe, Horde* oder *Masse* zu sein. Genau diese Wahrnehmung entspricht ja auch dem 'Wissen' über fremde Kulturen. Und insofern ist die Unterbringung von Flüchtlingen in Heimen und Lagern ein wesentlicher Bedingungsfaktor für das Entstehen von Pogromen (nicht aber für das Vorhandensein von Rassismen).

IV
Das Dicke Männer Syndrom

Im August wurden von japanischen Konzernen Verhaltenstrainer in die BRD geschickt. Die Trainer sollen die japanischen Manager in Europa schulen, wie sie sich durch Kleidung und Auftreten vor rassistischen Pogromen schützen können. Und wenn Helmut Kohl Ende August bekennt: *"Fremdenhaß ist nicht akzeptabel"*, dann ist das durchaus ernst zu nehmen. Denn Rassismus kann, weil er keine Marionette der Politik ist, sowohl funktional, als auch dysfunktional zu Strategien der politischen Elite stehen. Und auch der SPD-Abgeordnete in der Rostocker Bürgerschaft, Erwin Eppler, meint es durchaus aufrichtig, wenn er entschuldigt: *"Die Leute können doch nicht von einem auf den anderen Tag Demokratie lernen."* Demokratie ist immerhin ein langerprobtes, kompliziertes Modell zur Regulierung nationaler, sozialer, politischer und ökonomischer Konflikte. Dieses Modell will doch wohl die westdeutsche Elite, die am meisten davon profitiert, nicht einem Mob opfern.

Und das die Deutsche Wirtschaft nicht bereit ist, ihre Dividende alkoholisierten NationalistInnen und organisierten NeofaschistInnen zu opfern, hat der Präsident des BDI, Tyll Necker, deutlich gemacht. Deutschland *"drohe eine wirtschaftliche und politische Isolierung"*, die jetzt schon zu Milliarden-Verlusten führe. Necker forderte eine *"Offensive gegen Fremdenfeindlichkeit"*. Und auch das ist durchaus keine Heuchelei, geht es doch um das Allerheiligste der freien Wirtschaft: Ums Investitionsklima.

Die politische und ökonomische Elite also als die wahren Antirassisten? Natürlich nicht. Einem Tyl Necker oder einem Seiters ist es vollkommen egal, ob Flüchtlinge in der BRD massakriert werden. Pogrome sind für diese Leute dann interessant, wenn sie im Windschatten von Volkeszorn ihre Pläne verwirklichen können. In diesem Sinne kam Hoyerswerda und Rostock gerade zur rechten Zeit: Der Spitze der SPD gelang es zum Beispiel die Basis mit Hinweis auf Volkeszorn so unter Druck zu setzen, daß heute kein Mäuschen mehr piept, wenn ein Mahnmal der antifaschistischen Gesinnung der BRD abgeschafft wird: Das individuelle Asylrecht.

Die Heuchelei der politischen Elite ist dabei scheinbar grenzenlos. Am 9.November ruft ein Bundespräsident noch zur Zivilcourage gegen Neofachisten auf. Wenige Tage später wird ein Antifaschist in Berlin ermordet, weil er einen Neonazi wegen seines Aufklebers "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein" beschimpfte. Kein Kohl trat greinend vor die Kamera, denn es war ja nur ein Linker ermordet worden. Am selben Wochenende verbrennen bei einem Brandanschlag von Neofaschisten 2 türkische Mädchen und eine türkische Frau in ihrer Wohnung. Fassungslos gehen in Berlin, Hamburg, Mölln Tausende erneut auf die Straße. Und diesmal sieht sich auch der Kanzler zu einer harmlosen Geste gezwungen. Er nennt die Tat eine Schande für Deutschland - mit Hinweis darauf, daß die türkischen ArbeiterInnen seit Jahren für Deutschlands Reichtum geschuftet haben.

Und als ein paar hundert Frauen und Männer die verlogenen Regierungsmitglieder am 9.November in Berlin mit ein paar Eiern verstörten, flehte der Kommentator der 'Tagesthemen' fast auf Knien: *"Bitte, ihr ausländischen Kollegen, das ist nicht das Gesicht Deutschlands. Diese Demokratie wird nicht zwischen links und rechts zerrieben..."* um anschließend kein Wort darüber zu verlieren, wie bigott der Auftritt eines Bundeskanzlers auf einer Demonstration gegen 'Fremdenhaß' ist, der gleichzeitig laut über die Ausrufung eines "Staatsnotstands" nachdenkt, um das Asylrecht kurzfristig zu kippen. Die Politik der Lager, der Kriminalisierung von Flüchtlingen, des Chauvinismus seit der 'Vereinigung' - diese Politik hat erheblich dazu beigetragen, daß Neofaschisten und Rassisten sich im Aufwind wähnen.

Dennoch aber gibt es einen Unterschied in den Zielen der politischen und ökonomischen Eliten, die zur Zeit den Ton angeben und den Zielen des Volkszornes. Die ganz Schlauen in Bonn und beim BDI träumen von einem Flüchtlingskonzept, daß es der Bundesregierung erlaubt, nach Maßgabe der Dinge Kontigente zu verschuben. Heuer braucht die Wirtschaft Tausend Westafrikaner, morgen müssen sie verschwinden. Je nachdem, ob Arbeitskräftemangel, Lohndrückerei, Krise oder sonstwas angesagt ist. Die Bundesregierung ist nicht gegen Flüchtlinge, sie will nur die totale Kontrolle, die absolute Verfügbarkeit, die Planbarkeit über Kontigente. Deshalb die Abschaffung des individuellen, einklagbaren Asylrechts. Der Vertrag zwischen der BRD und Rumänien, der erstmals die massenhafte Abschiebung von Flüchtlingen erlaubt, ohne auch nur irgendein rechtsstaatliches Verfahren einleiten zu müssen, ist zukunftsweisend.

Ich will nicht am Schluß noch ein Rezept zum Kampf gegen Rassismus drunterquetschen. Es ging in diesem Artikel hauptsächlich um eine Stützung für folgende These: Die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung ist menschenfeindlich, rassistisch, bekämpfenswert. Aber sie folgt anderen Linien als der militante (und verdeckte) Rassismus, der sich in Mannheim/Rostock etc. am krassesten zeigt. Es gibt zahlreiche Verbindungen - personeller und ideologischer Art. Dennoch halte ich es für einen Fehler, rassistische Bürger nur für von der Regierung oder den sozialen Nöten verblendet und verblödet zu halten. Regierung, Neofaschisten und rassistische Bürger haben jeweils eigene Motive für ihre menschenverachtenden Aktivitäten. Für keine Gruppe kann es eine sozialpsychologische Entschuldigung geben.

münzenberg

Sven Böcker, einer der Jugendlichen, die den 28jährigen Angolaner Antonio in den Straßen von Eberswalde zu Tode hetzten, nach der Urteilsverkündung



Jugoslawien

Spielball eurozentristischer Ideologien

Entgegen der üblichen Lesart zum Krieg in Jugoslawien, bezieht der Autor des folgenden Artikels eine pointiert gegensätzliche Position: Der Krieg ist kein Ausdruck ethnischer Konflikte, sondern Ergebnis einer sich lang abzeichnenden ökonomischen Krise des sozialistischen Jugoslawiens.

"*Zu originellen Analysen hat die Rückkehr des Krieges nach Europa jedenfalls noch nicht geführt*", behauptet Nicole Janigro von der italienischen Zeitung "*il Manifesto*". Dafür ist die Betroffenheit umso größer. Denn Krieg hat das 'zivilisierte' Europa nun schon lange nicht mehr gesehen, zumindest keine 'offiziell' erklärten, und niemand hätte ihn für möglich gehalten. Die *'Rückkehr des Krieges'* bringt also wenigstens einen Erklärungsbedarf, gilt es doch die Idee des 'zivilen' Europas zu verteidigen. Und 'zivil' heißt wehrhaft, eine sehr europäische Auffassung. Darüber hinaus muß auch noch das *'nationale Selbstbestimmungsrecht'* gerettet werden. Denn dieses 'Recht' wird nun dazu eingesetzt, Interessensgegensätze militärisch auszutragen. Aber Gewalt einsetzen darf nur diejenige Seite, die sich klar zur HERRschenden 'okzidentalen Ideologie' bekennt. Wer zu Europa gehören, bzw. sich europäisch nennen darf, muß in den Augen der Kommentare neu definiert werden.

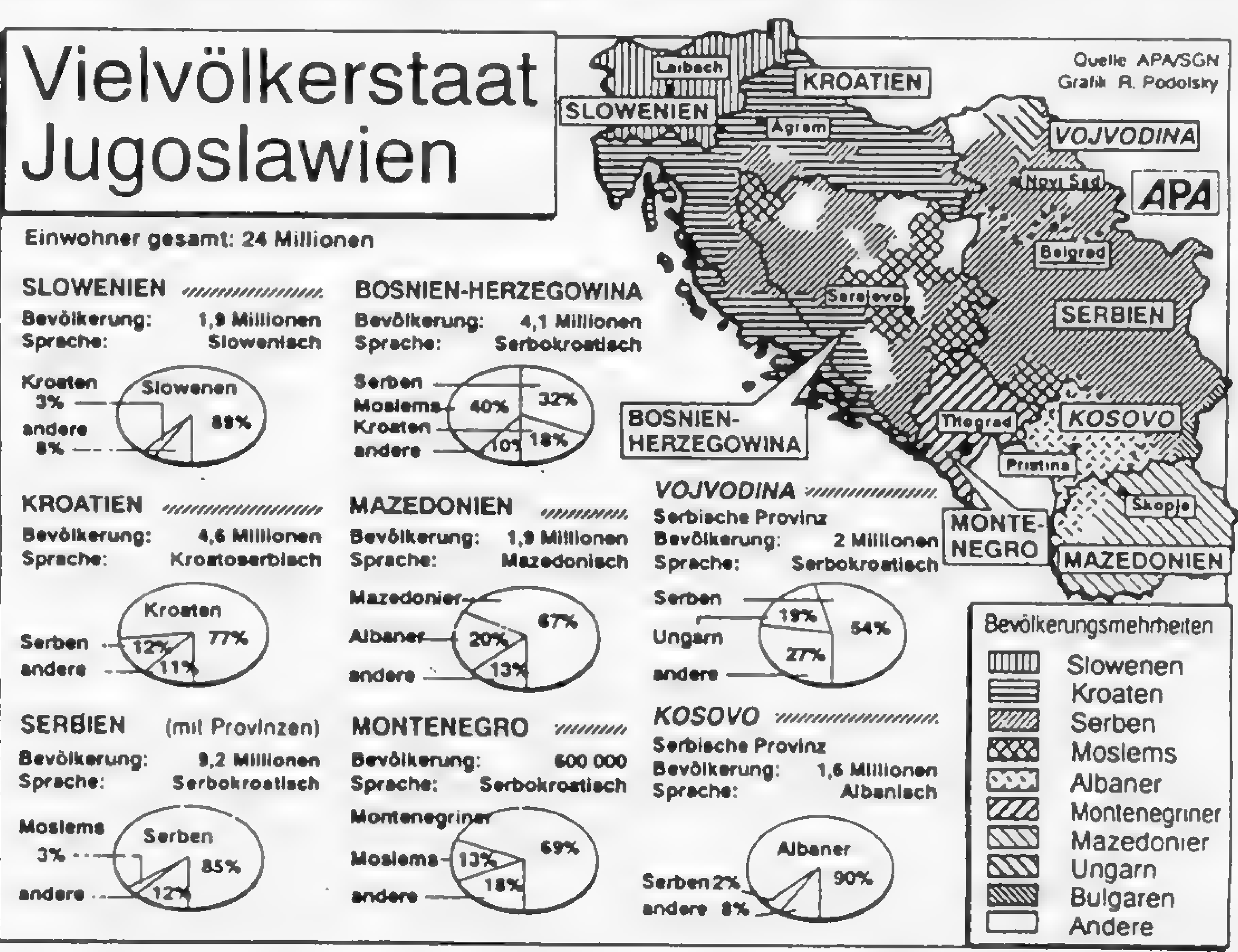
Ethnische Differenzen als Kriegsgrund?

Oft wird davon ausgegangen, daß es eine *'traditionelle Rivalität'* zwischen den einzelnen sog. 'ethnischen' Gruppen gibt. Diese Rivalität wird verschieden begründet. Etwa damit, daß in der Region verschiedene Kulturkreise aufeinander prallen. Serbien, dessen "*Geschichte und Kultur 500 Jahre lang moslemisch geprägt wurde*", "*Slowenen und Kroaten*", "*die nach Wien und damit nach Mitteleuropa orientiert waren*". Jugoslawien wird zur "*Flickschusterei*" (EN, 5.7.91), die niemals hätte funktionieren können. Das "aktuelle Lexikon" der SZ vom 2.7.91 nimmt sich des Begriffs der Südslawen an. Nachdem die "Südslawen" feinsäuberlich von den "Ostslawen" und den "Westslawen" getrennt worden sind, stürzt sich der/die RedakteurIn auf die Differenzen innerhalb der "Südslawen". Die einen haben nämlich lange Zeit zum Osmanischen Reich gehört, während die anderen ein völlig anderes kulturelles Volksgefühl entwickelten: "*Beide Völker - Slowenen und Kroaten - fühlen sich dem westlichen Kulturkreis zugehörig*". Fast alle Printmedien verkaufen derlei "Hintergrundinformationen", nachdem die jugoslawische Bundesarmee dazu übergegangen ist, die Integrität der Grenzen gegenüber Slowenien militärisch zu verteidigen. Diese kulturalistische Sichtweise pflegt die eigenen Vorurteile gegenüber der Region. Georg Auernheimer schreibt zum Phänomen des Kulturalismus: "*In dieser Sichtweise sind Kulturen die eigentlichen geschichtlichen Subjekte, nicht die Menschen in der Auseinandersetzung mit ihren Lebensbedingungen, nicht wirtschaftliche Interessensgruppen. Es gibt keine 'Wechselwirkung' zwischen dem gesellschaftlichen Sein der Menschen in der konkreten historischen Situation und ihrem Bewußtsein, keine Dialektik zwischen gesellschaftlichen Erfahrungen und kulturellen Transformationen*" (1). Der einzelne Mensch wird so zum ewigen Gefangenen seiner Kultur. SerbInnen und KroatInnen handeln demnach nur aus der Vergangenheit der jeweiligen "ethnischen" Gruppe heraus, in die sie persönlich nicht einmal mehr verstrickt sein müssen. Zweiter Punkt des kulturalistischen Diskurses ist es, die jüngere Vergangenheit außer acht zu lassen. Motive für den BürgerInnenkrieg werden in die Zeit des Zweiten Weltkrieges verlegt, die Zeit nach der Staatsgründung interessiert erst mit dem Beginn des Zerfalls Jugoslawiens. Damit soll bewiesen werden, daß ein friedliches Zusammenleben "*auf dem Balkan*" nicht möglich ist. Diese Bewertung setzt die Höherwertigkeit der eigenen Kultur voraus und meint damit, daß derlei Konflikte aufgrund einer "höheren Entwicklungsstufe" nicht mehr möglich seien. Sie ist damit eine Form des Rassismus.

In ähnlicher Form versucht Claus Leggewie, den Konflikt zu verklären. Für ihn ist der BürgerInnenkrieg ein "*Völkermord an Muslimen*", den die "*serbischen Aggressoren*" in Jugoslawien führen. Er entdeckt in ihm "*Elemente eines atavistischen Heiligen Krieges und der Revanche für die Niederlage am Amselfeld - 1389*" (taz v. 1o.8.92) (2). Auch wenn sich diese Argumentation hauptsächlich gegen die anti-islamistischen Vorbehalte der christlichen EuropäerInnen richtet, so nutzt sie trotzdem dem Konstrukt einer "ethnischen" Homogenität. "SerbInnen" werden vereinfacht zu MoslemhasserInnen erklärt. Die Forderung, die Leggewie aus dieser Ansicht gewinnt, ist eurozentristisch: Da sich die Moslems in Bosnien als "weiter entwickelte Europäer fühlten", wird ihr Schutz "vor pervertierten Kreuzzüglern" zum "Akt der europäischen Selbstbehauptung".

Nationalismus nur vorübergehend von Tito gebändigt?

Anders als bei den obengenannten spielt die jüngere Geschichte in folgendem Ansatz eine wichtige Rolle. Er geht davon aus, daß für die momentane Situation in Ex-Jugoslawien seine geologische Lage zwischen den Blöcken verantwortlich sei. Nach dem Bruch mit der stalinistischen Politik sei Jugoslawien einer doppelten militärischen Bedrohung ausgesetzt gewesen. Zusätzlich hätten die ökonomischen Rahmenbedingungen nur ein gemeinsames Vorgehen zugelassen. Diese beiden Faktoren hätten dazu geführt, daß sich so etwas wie eine "jugoslawische Identität" entwickeln konnte, die den Staat an der Basis zusammengehalten hatte. Erst mit dem Wegfall der Blockkonfrontation sei historisch die Chance für eine seperatistische Politik gegeben gewesen, nachdem sich auch die wirtschaftliche Lage stark zu Ungunsten eines gemeinsamen Staates gewendet habe. Das heißt also, daß es seperatistische Tendenzen in den Republiken immer schon gegeben habe, Jugoslawien nur ein Zweckbündnis gewesen sei. Auch hier wird auf eine nationalistische Kontinuität in den Republiken, die ja - außer in Bosnien-Hercegovina - hauptsächlich von einer 'ethnischen' Gruppierung dominiert sind, hingewiesen. Voraussetzung für diesen Ansatz ist wiederum die kulturalistische Denkweise, die den/die EinzelneN zwanghaft in Kultur verhaftet sieht. Damit werden die BewohnerInnen des jeweiligen Gebietes automatisch zu NationalistInnen.



Oder ist doch der 'serbische Zentralismus' schuld?

Eine weitere Untersuchung versucht, die Spannungen zwischen den Republiken aus dem traditionell "*autoritären Zentralismus*" Serbiens zu erklären. Dazu werden die Ergebnisse der Mehrparteienwahlen in den einzelnen Republiken herangezogen. Festzustellen war, daß überall Parteien mit "nationalen" Programmen gewannen (in Serbien und Montenegro waren es die ehemaligen kommunistischen Parteien). Erklärt wird der Umschwung vom Kommunismus zu nationalistischen Ideen dadurch, daß durch die der Diskreditierung der realsozialistischen Idee eine "Ersatzlegitimation" nözig gewesen sei, den Staat Jugoslawien zu rechtfertigen. Dies sei hauptsächlich für die Republik Serbien wichtig gewesen, weil ihre Existenz stark von der Jugoslawiens abhängen würde. Das wird historisch untermauert: "*Die serbische Tradition ist ... seit jeher die des Einheitsstaates gewesen*" und dem Verweis auf das Berliner Abkommen von 1878, aufdem Serbien seine Unabhängigkeit "*dank einer staatlichen Tradition, die schon im Mittelalter zur 'Vereinigung' vieler Populationen in einem Reiche befähigte*" (Janigro, prokla 87, S.221) zugesprochen bekam. Das Prinzip der Erklärung bleibt dasselbe, der Konflikt ergibt sich also daraus, daß "serbische" PolitikerInnen immer schon den Hang zu zentralistischen Ideen hatten.



Die Medien "erklären" den Krieg

Neben diesen Ansätzen, die in der jugoslawischen Kontroverse einen "*Rückfall in die Vergangenheit*" sehen, der aus einer wie auch immer definierten "Unterentwicklung" heraus zu erklären sei, versuchen einige KommentatorInnen, die Rolle der Medien bei der Vermittlung des Konfliktes aufzuzeigen. Das geschieht auf zwei Ebenen: **1.** Die Rolle der Medien im Krisengebiet, **2.** die Rolle der Medien bei der Vermittlung des Konfliktes außerhalb des Krisengebietes.

Nicole Janigro ("il Manifesto"), stellt in einem in der *prokla 87* erschienenen Aufsatz fest, daß sich in den Medien der Republiken "*der Akzent durchgängig auf die Differenz verlagert. Die verschiedenen Religionen, die vielen Sprachen, die vielfältigen kulturellen Einflüsse - habsburgische im Norden, byzantinische im Süden - die kontrastierenden historischen Erfahrungen der Südslawen: all das wird herangezogen, um den gegenwärtigen Krieg und die 'nationalistischen Exzesse' zu erklären.*"

Dem Publikum wurden Erklärungen angeboten, die die Vorgänge im Land als "ethnische" Rivalitäten nahelegen sollten. Dem (noch) funktionierenden Staat Jugoslawien wurde über die veröffentlichte Meinung ein Bild der latenten und offenen Gegensätze gegenübergestellt.

Daraus entwickelte sich ein "*Krieg der Medien*". Vergangenheit wurde zur Feindbildpropaganda instrumentalisiert. Opfer von Massakern wurden gezeigt, die jeweilige Gegenseite als Schuldige angeprangert; dabei wurde mit historischen Begriffen operiert - Tschetniks, Ustascha usw. - von denen vorausgesetzt wurde, daß sie schon mit bestimmten Bedeutungen, Emotionen besetzt sind. Die Vergangenheit wird lebendig, obwohl sie keinerlei Bewertungsmaßstäbe für die reale Situation bietet. Denn oft widerspricht dieses vermittelte Bild den alltäglichen Erfahrungen. NachbarInnen, zu denen mensch freundschaftliche Beziehungen hatte, werden nun mit den über die Medien transportierten Vorurteilen konfrontiert. Die guten Beziehungen werden in den Hintergrund gestellt, gemessen werden Menschen an Untaten ihrer scheinbaren "*Landsleute*". Plötzlich gelten nur noch völkische Kategorien, an denen Einzelne gemessen werden, obwohl sie überhaupt nichts mit den propagierten Grausamkeiten zu tun haben. So passiert es, daß in der BRD jugoslawische Kulturclubs sich nach "ethnischen" Kriterien auseinanderdividieren. Warum es so anziehend ist, Menschen in "ethnischen" Kategorien wahrzunehmen, wird momentan noch nicht beantwortet, oder es wird der Psychanalyse überlassen, das Ganze als Prozeß eines Kollektivbewußtseins und einer unbewältigten Vergangenheit darzustellen.

Serbien gilt als Aggressor

In der BRD haben sich die Medien sehr schnell auf die Produktion eines Feindbildes eingespielt: die "*serbischen Aggressoren*". Die folgenden Aufführungen sind nicht dazu gedacht, irgendeiner Partei Rückendeckung für ihr Handeln zu geben, sondern sollen lediglich darauf aufmerksam machen, wie innerhalb der veröffentlichten Meinung scheinbare Legitimationen für rassistische, kulturalistische oder eurozentrische Denkstrukturen geschaffen werden.

Eines der eindrücklichsten Beispiele konnte das krisenverwöhnte Publikum am 27.Mai dieses Jahres mitverfolgen: Mit Bildmaterial wurde gemeldet, daß in der Innenstadt Sarajewos eine aus serbischen Stellungen abgefeuerte Granate in eine Warteschlange einschlug. Von einem gezielten Anschlag wurde gesprochen. Diese Bilder dienten Tage später dazu, "*drastische Sanktionen gegen Belgrad*" (SZ, 29.5.'92) zu fordern. Diese Bilder sollten die Menschenverachtung der "Serben" aufzeigen, ihre Unberechenbarkeit und Brutalität. Die (deutsche) Öffentlichkeit hatte nun endlich den "*Beweis*" für das seit Ausbruch des Konfliktes gehegte Feindbild vom "*serbischen Unmenschen*". Einem meines Wissens unbestätigten UNO-Bericht zufolge war es weder eine Granate, die dort einschlug, noch waren es die "Serben", die diesen Anschlag verübten. Wegen der engen Gasse sei eine Granate auszuschließen, da diese eine fast unmögliche Flugkurve hätte haben müssen; die Stellungen der "serbischen" Einheiten seien zu weit weg gewesen, um überhaupt diesen gezielten Anschlag auszuführen. Die Art der Verletzungen ließe vielmehr auf eine Mine schließen, die, so der Bericht, nur von den StadtverteidigerInnen gelegt worden sein könne. Ein ähnliches Beispiel ist der Beschuß der Trauerfeier für die zwei erschossenen Kinder, die mit 42 Kindern und Jugendlichen von zwei profilierungssüchtigen BRD-Parlamentariern aus Sarajewo hätten evakuiert werden sollen. Auch dafür wurden "Serben" verantwortlich gemacht. Derselbe UNO-Bericht rechnet diesen Anschlag ebenfalls den VerteidigerInnen zu.

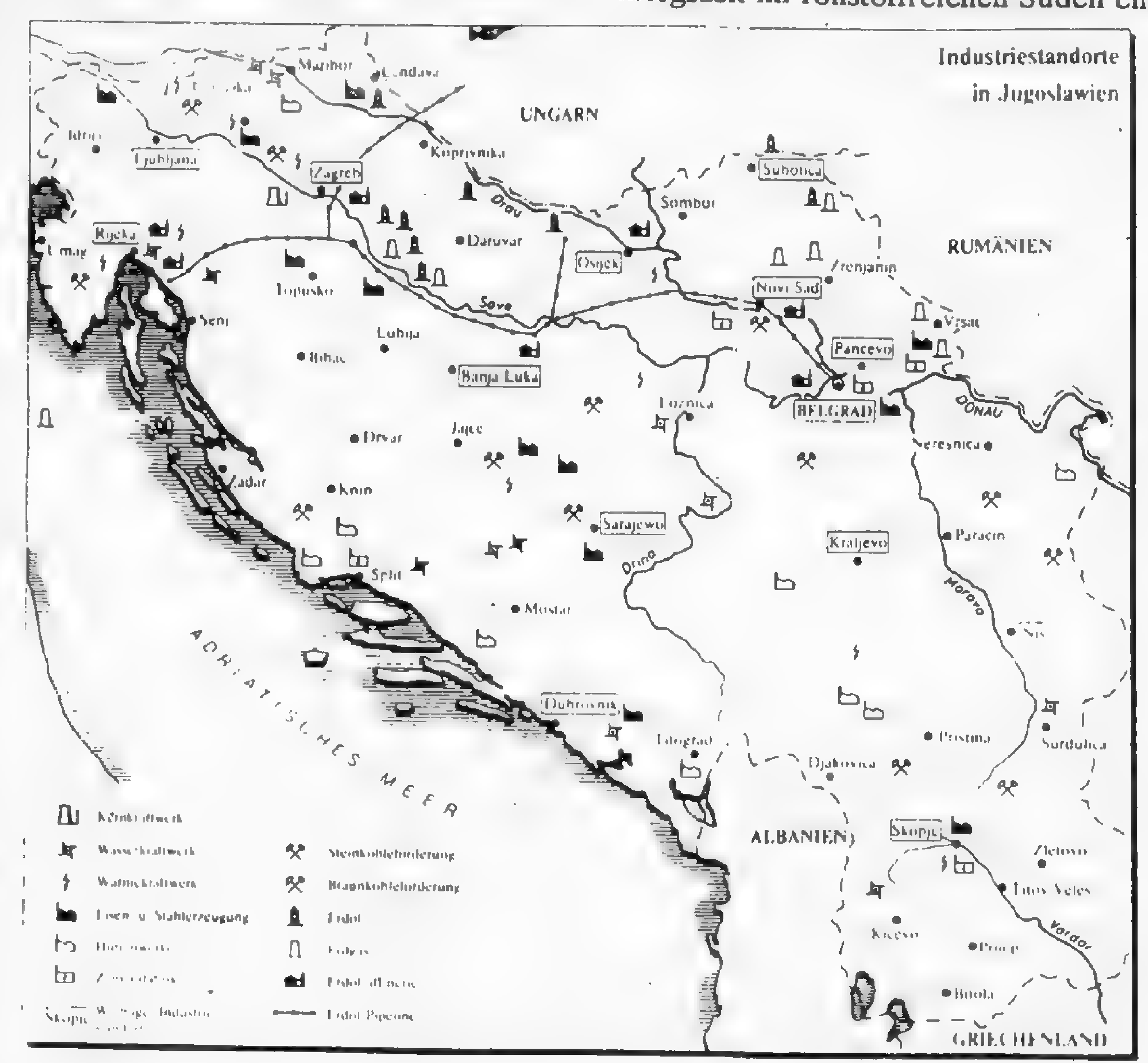
Durch beide Meldungen, die das antiserbische Klima verschärften, sollte moralisch eine Legitimation geschaffen werden, um ein bedingungsloses (einseitiges) Eingreifen in den BürgerInnenkrieg zu rechtfertigen. Im übrigen berufen sich BRD-Medien fast ausschließlich auf kroatische Agenturen und

übernehmen deren Berichte nahezu ungeprüft.

Der Krieg ist 'barbarisch', was das Gegenteil von 'europäisch' sein soll

Viele Bericht zielen darauf ab, Ereignisse im Krieg als "uneuropäisch" darzustellen. Die EN berichteten am 18.August von Operationen in einem Krankenhaus in Gorazde, zu denen JournalistInnen eingeladen waren. Diese Operationen wurden aufgrund fehlender Narkosemittel ohne Betäubung durchgeführt: *"Was Soldaten und Journalisten zu sehen bekommen, verschlägt selbst den Abgehärtesten die Sprache. 'So etwas hab' ich in Afrika gesehen', murmelt ein französischer Militärarzt, 'in Europa nie'."* Womit er den eindeutigen Beweis geliefert hat, daß Jugoslawien in Afrika liegt, es sich also beim Konflikt in Jugoslawien und seinen Auswirkungen nicht um ein *'europäisches'*, sondern um ein *'afrikanisches'* Phänomen handelt. Was sich hier so polemisch anhört, hat eine tiefere Bedeutung. Denn viele, die sich berufen fühlen, über Jugoslawien zu schreiben, treibt das ungute Gefühl, daß in Europa ein Krieg geführt wird, den viele dort nicht mehr für *möglich* hielten. Die okzidentale Ideologie, die für eine scheinbare Rationalität und einen *zivilisierten* Umgang miteinander stehen soll, zeigt sich plötzlich von einer anderen Seite. Wie schon im "Historikerstreit" versucht wurde, Europa, bzw. in diesem Fall Deutschland, von *"uneuropäischen"* Phasen zu säubern, indem Hitler sogenannte *"asiatische"* Eigenschaften zugeschrieben wurden, wendet Paul Parin (3) dieselbe Taktik an. In der Reihe *"Europa im Krieg"* in der taz vom 11.8.'92 schreibt er in bezug auf die Entwicklung in den '80er Jahren: *"Wie die europäischen Regierungen schenkte auch die Linke, ..., dem Ringen europäisch fortschrittlicher und 'asiatisch' diktatorischer Kräfte in Jugoslawien keinerlei Aufmerksamkeit."* Mit dem 'Ringen' meint er die Auflösung des jugoslawischen Staates. Durch solche Sätze soll die Idee des *"freien Westens"*, der *"rational"* mit einem ökonomischen und militärischen Gewaltpotential umzugehen weiß, gerettet werden. Ideologisch wird die Welthungerordnung, die ihren Ursprung in Europa hat, als universalistisches Prinzip zementiert und das Ausbeutungsverhältnis zwischen Trikont und Metropole gerechtfertigt. Das dürfte auch der Grund sein, warum so viele den BürgerInnenkrieg als *"ethnischen"* Konflikt darzustellen versuchen. Er muß in den Augen der KommentatorInnen *"uneuropäische"* Züge tragen, zumindest - und darauf stellen sich die Medien ein - ein klar umrissenes Feindbild haben. Das *"uneuropäische"* Serbien, das dazu noch *"bolschewistisch"* (Reissmüller, FAZ) ist, bietet genau den Rahmen für dieses Vorhaben.

Paul Parin aktiviert dann auch noch gleich die deutsche Geschichte, um seine (vormals linken) LeserInnen auf die richtige Linie zu bringen: *"Der serbische Nationalkommunismus (nach der Umbenennung der Partei eigentlich National-Sozialismus !) ähnelt immer mehr seinem abscheulichen Namensvetter: ..."*. Der Begriff *"National-Sozialismus"* weckt natürlich im vormals *"linken"* Spektrum sofort Assoziationen. Nicht nur, daß er links und rechts in einen Topf wirft, er setzt auch auf die durchschlagende Kraft, mit der deutschen Geschichte die gegenwärtige Situation in Jugoslawien erkären zu können. Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff *"Konzentrationslager"*. Nachdem die verschieden Kriegsparteien sich gegenseitig bezichtigten, solche Lager eingerichtet zu haben, fand der Begriff in der BRD-Medienlandschaft reißenden Absatz. Endlich sahen die deutschen KommentatorInnen die Möglichkeit, sich der Einzigartigkeit *"ihrer"* Geschichte zu entledigen und sie ins *"feindliche"* Ausland zu verlegen. Seit der Neugründung des Deutschen Reiches wird andauernd versucht, das Bild des *"häßlichen Deutschen"* durch Geschichtsklitterung zu revidieren. Ein anderer Aspekt ist der, daß durch die versuchte Gleichsetzung Restjugoslawiens mit Nazideutschland eine Betroffenheit (unter "Linken") erzeugt werden soll, die einen eventuellen Militärschlag gegen Serbien (in diesem Fall wurde nur von Serbien und nicht von Restjugoslawien gesprochen) zu legitimiert.



Die ökonomische Entwicklung Jugoslawiens

Was die meisten Stellungnahmen bei der Betrachtung des BürgerInnenkrieges nicht erwähnen, ist die ökonomische Entwicklung Jugoslawiens. An dieser Stelle soll nun keine Analyse der komplexen Zusammenhänge folgen, sondern ein Ausblick auf einen von 'ethnischen' Gesichtspunkten losgelösten Ansatz, der den Konflikt als Krise einer wenn auch nur eingeschränkten kapitalistischen Entwicklung eines Landes auffaßt. Im Prinzip soll damit verdeutlicht werden, daß die Vorgänge in Jugoslawien nichts spezifisch "Jugoslawisches" sind, sondern sich tendenziell auch auf andere Staaten ausdehenen lassen.

Im Juni 1948 wurde die Kommunistische Partei Jugoslawiens aus der Komintern ausgeschlossen und seitens der anderen sozialistischen Staaten ein Lieferboykott über das Land verhängt. Die kapitalistischen Staaten nahmen die entstandene Situation freudig auf, gewährten Kredite und schlossen Handelsabkommen, die Jugoslawien auch bitter benötigte, um den im Krieg entstandenen Schaden zu beheben. Mit diesem Auslandskapital durchlief Jugoslawien eine Phase der schnellen Entwicklung. Der Lebensstandard verbesserte sich erheblich, große Industrieprojekte konnten in Angriff genommen werden. Allerdings flossen die Kredite unterschiedlich in die verschiedenen Regionen. Das Konzept war einfach: Die mit französischem und englischem Kapital während der Zwischenkriegszeit im rohstoffreichen Süden entstandenen Industriekomplexe, die der Rohstoffgewinnung und -veredelung dienten, sollten die Grundlage für eine starke Exportindustrie in den nördlichen Republiken bilden. Die Rohstoffpreise wurden subventioniert, um der entstehenden verarbeitenden Industrie die Möglichkeit zu geben, sich mit ihren Produkten auf dem Weltmarkt etablieren zu können. Die Kredite gingen hauptsächlich in den Norden. Hier wurde der Grundstein dafür gelegt, daß sich in Jugoslawien ein Nord/Süd-Gefälle entwickeln konnte. Die Gründe für eine starke Exportindustrie ergaben sich aus der Absicht, die Staatsverschuldung nicht allzu sehr anwachsen zu lassen. Denn der Ausbau der Rohstoffindustrie und die Erschließung von Rohstoffen hätten mehr Kapital verschlungen und vor allem keine kurzfristigen Gewinne ausgeschüttet, die dringend für die Rückzahlung der Auslandskredite nötig waren. Die Konzentrierung auf die industrielle Entwick-

lung ging zu Lasten der Landwirtschaft. Die landwirtschaftliche Produktion war bald nicht mehr in der Lage, die eigene Bevölkerung zu ernähren. Jugoslawien begab sich immer mehr in die Abhängigkeit von (Agrar-) Importen.

Um den 'Gesetzen' des Weltmarktes gerecht zu werden, wurde ein Wirtschaftssystem eingeführt, das einen 'dritten Weg' zwischen Sozialismus und Kapitalismus beschritt. Ein Bestandteil war die "Arbeiterselbstverwaltung", was soviel heißt, daß die Belegschaft eines Betriebes seine (professionelle) Leitung sowohl wählen, als auch abwählen konnte. Es entstand eine Art "Mischwirtschaft", die zwar ständig Rechenschaft ablegen mußte, aber dennoch eine eigenständige Gruppe bildete. Ein zweiter Punkt war die ökonomische Dezentralisierung, die es den einzelnen Republiken und Industriebetrieben ermöglichte, unabhängig von der Zentralregierung zu agieren.

Diese Entwicklung führte dazu, daß sich das Wirtschaftswachstum hauptsächlich auf den Norden beschränkte, während der Süden kaum Devisen ins Land ziehen konnte. Die verarbeitende Industrie investierte wenig ins eigene Land; sie waren hauptsächlich darauf bedacht, den Export auszubauen und sich den ständig steigenden Anforderungen anzupassen. Dementsprechend entwickelte sich auch der Lebensstandard in den Regionen unterschiedlich, die Lohnschere ging auseinander, der Süden verarmte immer mehr. Die Folge war, daß die rohstofffördernde Industrie im Süden immer mehr in eine Krise geriet.

Der Konflikt eskalierte anfang der 60er Jahre. Die Forderung nach einer Erhöhung des Rohstoffpreises wurde von den nördlichen Republiken, die Einbußen im Exportgeschäft fürchteten, kategorisch abgelehnt. In einem Wirtschaftsabkommen aus den Jahren 1964/65 einigten sich beide Lobbys auf die Einrichtung eines Fonds, in dem den südlichen Republiken Finanzmittel für Entwicklung zur Verfügung gestellt werden sollten. Als Ausgleich zog sich die Zentralregierung ganz aus dem Exportgeschäft zurück, was Vorteile für die Exportindustrie mit sich brachte, da sie nun weitgehend unkontrolliert ihren Außenhandelsbeziehungen nachgehen konnte. Prinzipiell wurde also nichts an der Grundlage des Wirtschaftssystems geändert, sondern im Gegenteil der starke strukturelle Unterschied im Land festgeschrieben.

Das Problem bei diesem System war, daß die Gewinne des Exportgeschäftes nie die Kosten für den Import und die Rückzahlung der Kredite decken konnten. Als dann in den 70ern der kapitalistische Weltmarkt mehr und mehr in die Krise geriet, ging der Export aus Jugoslawien zurück. Umgewichtungen auf andere Märkte waren kaum möglich. Die sich verbesserten Beziehungen zu den RGW-Staaten wirkten sich zwar auf den Handel aus, was Jugoslawien allerdings nichts brachte, da es dringend auf 'harte' Devisen angewiesen war, um die Staatsverschuldung abzubauen.

1984 mußte Jugoslawien beim IWFseine Zahlungsunfähigkeit anmelden und sich dessen Sanierungsprogrammen unterwerfen. Die Reduzierung der innerstaatlichen Ausgaben führte zu einer weiteren Verschlechterung der Lage. In den nördlichen Republiken wurde der Ruf immer lauter, aus dem jugoslawischen Bundesstaat auszuscheren, um die ihnen längst lästig gewordene Mitfinanzierung des verarmten Südens loszuwerden. Die seperatistische Politik der nördlichen Republiken ist somit ein Ergebnis der verfehlten Wirtschaftspolitik Jugoslawiens.

Diese unvollständige und vereinfachte Einführung soll zeigen, daß es sich bei der jugoslawischen Krise nicht um einen 'ethnischen' Konflikt handelt (...)

- aus: Was Lefft ,Worte statt Taten aus Erlangen, Dezember 1992

(1) zit.n. Rassismus Theorien, Marbach 1988
(2) Claus Leggewie, Deutscher Wissenschaftler.
(3) Paul Parin, 1916 in Slowenien geboren, Partisan bei Tito, lebt seit 1952 in Zürich und betreibt eine psychoanalytische Praxis.

Es gibt keine UNO-Demokratie:

Komitee gegen den imperialistischen Krieg
& Devrimci Sol Gücler
Hamburg, 19.1.1993

"Wir heißen Butros Ghali nicht willkommen. Er ist unser Feind!" *

Die Intervention der UNO-Truppen in Somalia heißt Massaker, Elend und Ausbeutung

Die Imperialisten führen keine Kriege mehr, stattdessen helfen sie mit "humanitären Maßnahmen".
Dieses Flugblatt soll einen Beitrag leisten, diese Propagandalüge und "Legitimation", die bis weit in fortschrittliche Kreise verbreitet ist, zu widerlegen und den Angriff auf Somalia zu erklären.

Somalia liegt mit seinem "Horn von Afrika" am Golf von Aden gegenüber der arabischen Halbinsel und grenzt im Norden an Äthiopien und im Süden an Kenia. Der große Teil der Bevölkerung besteht aus Nomaden, die Viehherden halten und Ackerbau betreiben. Zur Kolonialzeit war der Nordteil unter britischer, der Südteil unter italienischer Herrschaft. Damit begann die systematische und gewaltsame Ausbeutung des somalischen Volks und die Plünderung seiner Ressourcen.
1969 putschte das Militär gegen eine korrupte, neokolonialistisch abhängige Regierung, und Siad Barre wurde zum Präsidenten. Die Regierung unter Siad Barre orientierte sich zunächst an der UdSSR und erhielt wirtschaftliche Unterstützung von dort. Verschiedene Faktoren führten in den 70er Jahren dazu, daß der Einfluß der USA zunahm: Die Ölkrise Anfang der 70er und später der Sturz des US-treuen Schahs im Iran machten die strategisch günstige Lage Somalias zum arabischen Raum mit seinen Ölfeldern für die USA von Interesse, dazu kamen die Ölfelder in Somalia selbst. So floß schon Anfang der 70er Jahre US-"Hilfe" von 700 Millionen US-Dollar nach Somalia. Gleichzeitig konzentrierte sich die UdSSR zunehmend auf die Unterstützung des benachbarten Äthiopiens. Mit dem somalischen Grenzkrieg ab 1977 gegen Äthiopien um das Gebiet Ogaden war der Bruch mit der UdSSR endgültig vollzogen.

US-Soldaten verhaften in der somalischen Hauptstadt ein Kind, das versucht hat, Nahrungsmittel zu stehlen. (FR 7. Januar 1993)

Die Lage in Somalia verschlechterte sich daraufhin rasch: Die Auslandsverschuldung stieg bis zum Ende der 80er Jahre soweit, daß der Schuldendienst an das Ausland die Exporteinnahmen überstieg. Infolge des Grenzkriegs gegen Äthiopien flüchteten 600.000 Menschen in andere Landesteile, vielfach in Flüchtlingslager. Die Lebensbedingungen verschlechterten sich, die Abhängigkeit von westlichen Nahrungsmittellieferungen nahm zu. Der Militärapparat wurde mit westlicher Hilfe ausgebaut und auch gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt.
In den 80er Jahren entwickelten sich verschiedene Kräfte, die das Siad Barre Regime bekämpften. 1981 wurde im Londoner Exil die Somalische National-Bewegung (SNM) gegründet, die sich gegen die Marginalisierung des weniger entwickelten Nordens durch die vom Süden dominierte Zentralregierung richtete und kurze Zeit später mit äthiopischer Unterstützung den bewaffneten Kampf begann. Militärisch bedeutsam wurden noch der Vereinigte Somalische Kongress (USC) und die Somalische Patriotische Bewegung (SPM), die sich beide 1989 in Somalia gründeten. Die Basis all dieser Organisationen sind die feudalen Clanstrukturen Somalias. Am 27. Januar 1991 kam es nach achtwöchigen schweren Kämpfen zum Sturz von Siad Barre, nachdem auch die USA Ende der 80er Jahre ihre Unterstützung für das Siad Barre Regime reduziert hatten.
Entgegen der Absprache aller Anti-Barre-Bewegungen, eine Nationalkonferenz zur politischen Neuordnung Somalias als Förderation zu organisieren, erklärte der USC Ali Mahdi Mohammed zum neuen Staatschef. In den folgenden Unruhen kam es zur Abspaltung Nordsomalias und im September 1991 zur Spaltung des USC; Interims-Staatschef Mahdi auf der einen und USC-Präsidenten Mohammed Farrah Aidid auf der anderen Seite. Hinter den Mahdi- und Aidid-Flügeln formieren sich seitdem die verschiedenen somalischen Gruppierungen. Militärisch weitaus stärker war und ist das Aidid-Lager, es kontrolliert den Süden und Südwesten Somalias, Mahdi beherrscht nur noch einen schmalen Landstreifen nördlich von Mogadischu.
(Politische Berichte (PB) 26/92, Frankfurter Rundschau (FR) 31.8. & 16.9.92).

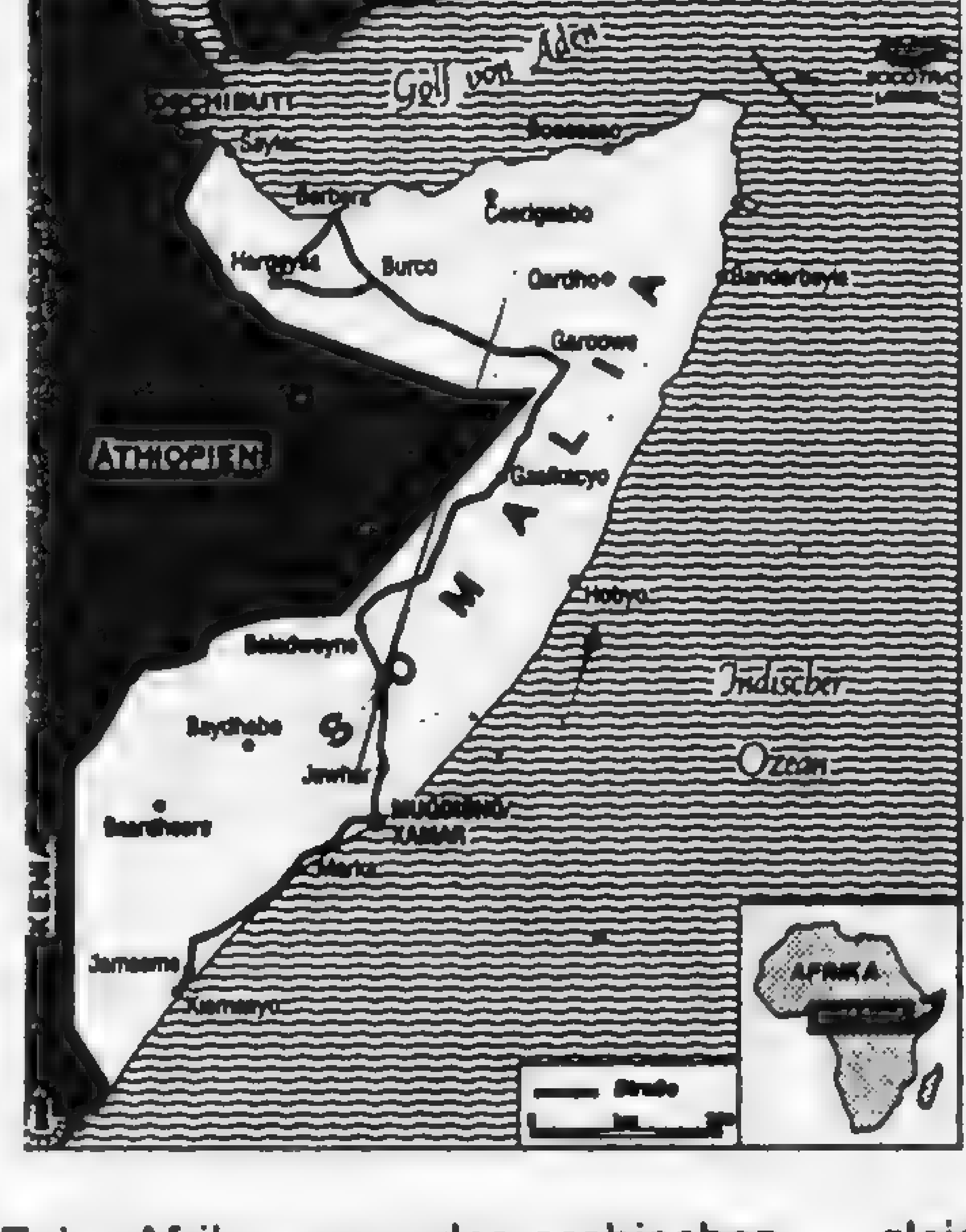
Am 3. März 1992 kam es zum Waffenstillstand zwischen Mahdi und Aidid. Unter dem Vorwand der Sicherung des Waffenstillstands und der Hungerhilfe begann die UNO im Juli mit dem Einsatz von 50 UN-Beobachtern und im September 500 UN-Soldaten. Aidid widersetzte sich immer wieder der UN-Einmischung, so kam auch der von der USA initiierte UN-Sicherheitsrat-Beschluß vom 3. Dezember zum Kampfeinsatz in Somalia nicht mit Zustimmung aller somalischen Kräfte zustande. Diese Resolution erlaubt die "Anwendung aller notwendigen Mittel" auf unbestimmte Zeit. Geplant ist der Einsatz von 34.000 Soldaten unter US-Oberbefehl, davon 28.000 aus den USA. In der BRD bewirkte die bevorstehende Intervention eine Beschleunigung der Diskussion um Bundeswehrkampfeinsätze. Regierungs- und Oppositionspolitiker forderten einhellig die Beteiligung deutscher Soldaten am Somalia-Einsatz. Noch im Dezember wurde der Einsatz von 1500 Bundeswehrsoldaten beschlossen.
In der Nacht zum 9. Dezember begann die US-Intervention in Somalia, seitdem wurden von den USA und den anderen Westmächten trotz Protesten und Demonstrationen in Somalia alle größeren Städte im Süden Somalias besetzt. Obwohl die USA nicht generell alle Somalis entwaffnen will, wurde z.B. gezielt ein Waffenlager Aidids angegriffen und aufgelöst. Trotz Hinweisen über Massaker in Somalia, beispielsweise einer einmaligen Fernseh-Nachricht über ein

* Plakattext bei einer Demonstration gegen die UNO-Politik zu Somalia anläßlich des Besuchs von UNO-Generalsekretär Butros Ghali am 3. Januar 1993 in Mogadischu. Wegen Steinwürfen aus der Demonstration flüchtete Butros Ghali in die US-Botschaft.

Massaker an Frauen und Kindern, wird über die somalischen Opfer der Intervention nicht berichtet.
Zur imperialistischen Neuordnung Somalias wurden die somalischen Kriegsparteien zu einer UNO-"Friedenskonferenz" in der äthiopischen Stadt Addis Abeba gedrängt, die aber aufgrund Aidids stockt, der der UNO Einmischung in die inneren Angelegenheiten Somalias vorwirft. Ein Ende der imperialistischen Einmischung und des imperialistischen Krieges gegen Somalia ist nicht absehbar.
(FR 18.7.,13.8., 29.10., 5.12., 10.12.92, 6.1., 8.1., 13.1.93)

Warum intervenierte der Imperialismus militärisch?

Die Intervention - so die Propaganda - sei notwendig, um den Kampf gegen den Hunger zu führen.
Nun ist der Hunger in Somalia weder hausgemacht, noch kam er über Nacht. Nach dem Wechsel ins westliche Lager war Somalia gezwungen, auf Export zu orientieren, und verkaufte - ohne die kriegsgeschädigte Selbstversorgung stabilisieren zu können - buchstäblich sein letztes Hemd: Bei 1,7 Milliarden US-Dollar Auslandsverschuldung und Rückständen von 77 Millionen gegenüber dem IWF leistete Somalia 1989 einen Schuldendienst von 65 Millionen Dollar. Der Export brachte bloß 59 Millionen Dollar für Vieh und Bananen. (PB 26/92)



Und jetzt dienen sich die imperialistischen Blutsauger als Retter an? Haben sie es plötzlich doch "nicht so gemeint"? Nein, sie stoßen nach, um die Ressourcen eines Landes, ja einer ganzen Region noch fester in den Griff zu bekommen:
1) Somalia liegt am "Horn von Afrika", der östlichen Ecke Afrikas, von der arabischen Halbinsel nur durch den Golf von Aden getrennt, am Eingang zum Roten Meer. Damit hat das Land eine enorme geostrategische Funktion sowohl zur Kontrolle des arabischen Raums als auch zur Absicherung des Transportweges zum Suez-Kanal. So haben die USA schon seit den 70er Jahren einen Marinestützpunkt im somalischen Berbera. Die USA sind bestrebt alle Anrainerstaaten der Wasserstraße, die das Mittelmeer mit dem Indischen Ozean verbindet, unter ihre Kontrolle zu bringen - auf der arabischen und der mittelafrikanischen Seite (Mücadele 2.1.93). Der Erhalt eines proimperialistischen Regimes in Somalia ist daher sehr wichtig.
2) Die geostrategische Bedeutung ergibt sich aus der für die imperialistischen Zentren notwendigen Kontrolle über die Erdölförderung. Doch in dieser Hinsicht ist Somalia nicht nur militärstrategischer Außenposten, von dem die USA die Rohstoffausbeutung auch anderer imperialistischer Mächte kontrollieren können.
Bei der Landung am 9. Dezember brachten die US-Truppen nicht nur Militärgerät mit. Innerhalb eines knappen Monats verbuchte die Intervention einen ersten großen Erfolg, der bezeichnenderweise kaum durch die Medien ging: 26 Ölquellen waren bis Januar unter dem Schutz des militärischen Einsatzes in dem "führungslosen Land" von US-amerikanischen Firmen angebohrt worden. (türkische Presse 6.1.93)
Das Interesse der USA am somalischen Öl ist schon älter. US-Firmen suchen im Grenzbereich zu Kenia schon seit Jahren, wie Regierungsvertreter in Nairobi bestätigen. Vor zwei Jahren gab es zwischen Somalia und Kenia Streit um die Förderung des Rohstoffes. Jetzt sitzen US-Firmen auf den Bohrlöchern.

Nach dem Sturz des US-Schützling Barre und der Phase offenkundiger Schwäche der Fraktion Mahdis geht es also um die Etablierung eines Regimes, das die Kontrolle über das Land auch durchsetzen kann. Dabei eignen sich die USA gleich noch die Erdölförderung eines der ärmsten Staaten an, dem - so die imperialistischen Flötentöne - "geholfen werden muß". Ob dieser dreckige Akt der Besetzung vor der Weltöffentlichkeit unter dem Deckmantel des "humanitären Hilfseinsatzes" durchgeht, ist zudem ein willkommener Test für weitere, noch zu lösende "Aufgaben", beispielsweise der Aufteilung Ost- und Südosteuropas nach imperialistischen Interessen. In Somalia, wie auch in Jugoslawien spielt die UNO die Rolle weiter, die sie mit aller Deutlichkeit schon im Krieg gegen den Irak 1991 angenommen hat. Die UNO aber ist keine über allen (Klassen-)Interessen stehende Ausgleichsinstanz, wie sie gerade in der westlichen Öffentlichkeit (und zunehmend auch bei fortschrittlichen und linken Kräften) wahrgenommen wird. Von den Imperialisten begründet und dominiert, war sie seit jeher der Spiegel des weltweiten Kräfteverhältnisses zwischen Imperialismus und Befreiung. Seit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten hat sie sich zum blanken Mittel der Durchsetzung imperialistischer Interessen entwickelt. Sie koordiniert heute den Angriff der imperialistischen Zentren auf die Völker der Drei Kontinente und die Länder Osteuropas, die der kapitalistischen Verwertung bislang entzogen waren.

Das Hinterland ist ruhig geworden. Lassen wir ihnen nicht diese Ruhe!

Es ist unsere Aufgabe, die Funktion der UNO zu demaskieren und anzugreifen!

Protestiert gegen die Besetzung Somalias! Mobilisieren wir gegen die drohende Intervention auch des BRD-Imperialismus in Jugoslawien!

Nieder mit dem Imperialismus, dem Feind der unterdrückten Völker!
UNO-Kriegstruppen raus aus Somalia!
Kein Soldat und keine Mark für den imperialistischen Krieg!
Schluß mit der Kriegstreiberei! Weg mit der Bundeswehr!
Es gibt keine Alternative zur Revolution!

V.i.S.d.P.: H. Anzala, Holstenstraße 5, 2 Hamburg 50

Kontakt: Komitee gegen den imperialistischen Krieg
c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 2 Hamburg 36

Zweifel sind nicht unser Monopol

Wir stehen für ein Netzwerk links-alternativer Gruppen in einigen europäischen Ländern, das seit rund 12 Jahren konkrete Kooperationen mit Befreiungsbewegungen und revolutionären Organisationen im Trikont - vor allem im arabisch/islamischen Raum bzw. in Afrika - wahrnimmt.

Seit Beginn der Debatte um die RZ-Veröffentlichung "Gerd Albartus ist Tot" diskutieren wir in unserem Kreis wie auch mit unseren FreundInnen aus dem Trikont die diversen Beiträge pro und kontra und versuchen zu einer Einschätzung zu kommen bzw. auch Reaktionen von unseren GenossInnen im Trikont zu bekommen.
Sobald Reaktionen aus diesem Bereich schriftlich vorliegen werden wir versuchen, sie zugänglich zu machen.

Zunächst aber ein Annäherungsversuch an das Thema aus unseren Zusammenhängen heraus, wobei wir uns vor allem mit der Internationalismus-Debatte in Folge des RZ-Papiers auseinandersetzen wollen:

1. Internationalistische Ausrichtung zu hinterfragen ist - zu unserem Leidwesen - nicht mehr nur Metropolen-Position, sondern ein globales Phänomen. Beispiele: Ausstieg aus der Zielvorstellung des "afrikanischen Sozialismus", der Zusammenbruch des algerischen Modells, Absagen an die - ohnehin seit 10 Jahren zur Worthülse abgesackten Formel des "arabischen Sozialismus", Hinwendung zur "Realpolitik" und zu fiesen Kompromissen, ja sogar mörderischen Kumpaneien mit alten Feinden seitens einiger palästinensischer und kurdischer Organisationen, die Absage Libyens an weitere Unterstützung von progressiven Kräften und Befreiungsbewegungen, auch im schiitischen Bereich der Verzicht auf islamischen Revolutionsexport, allenthalben Preisgesänge von Intellektuellen auf die "Marktwirtschaft".
Wie bei einem Domino-Effekt stützen sich die jeweiligen "objektiven Bedingungen" aufeinander und/oder das Versagen des/der internationalistischen Partner werden argumentativ herangezogen.
Das "Totstellen" der RZ samt Anhang wird in diesem Szenario als zusätzliches Singal einer Metropolen wie Peripherien gleichzeitigen Entkoppelung von Kooperation verstanden.








2. Es gibt unserer Ansicht nach zwei Beweggründe für fundamentale Abwendung von internationaler revolutionärer Zusammenarbeit in dem von uns beschriebenen Raum: Entweder opportunistisch-verzweifelte Selbstrettung ans sichere Korruptions-Gesade der neuen Welt-Kompromiß-Beschiss-Ordnung oder durchdachte Abkoppelung von als falsch erachteten Zielvorgaben, Identitäten oder überregionalen Kooperationen.
Zielvorgaben: Das ist die erstrebte "eroberte", von oben nach unten konstruierte und an "realsozialistischen" Vorbildern orientierte Nationalstaatsbildung im Stile von Algerien, Libyen oder Äthiopien.

Identitäten: Hier meinen wir mytische, im Wesen unwissenschaftlich hergeleitete Konstrukte vermeintlicher Gemeinsamkeit (a la "zusammenwachsen was zusammen gehört") wie "arabische Nation", "afrikanische Einheit", "negritude" oder "islamische Zivilisation".



Rundum-Diskussion entbrannt, deren Tragweite noch nicht absehbar ist.

Nur soviel: Beim derzeitigen Grad der Vernetzung im globalen Sinn gilt dasselbe, das bereits in der RZ-Diskussion schon oft in Beiträgen angemahnt worden ist: Aussteigen kann hier keiner mehr, ein Privates existiert in unserer Situation als Fluchtburg individualistischer Sentimentalitäten nirgens mehr....



4. Solidarität und Kooperation - aber mit wem?
Wir wollen nicht die alte Frage zur Bestimmung des "revolutionären Subjekts" in unserem Zusammenhang aufwärmen, sondern versuchen, einige Fehlerquellen bisheriger Einschätzungen und daraus gezogener Konsequenzen zu ergründen.
Die Grundlage für Kooperationen zwischen linken Kräften in den Metropolen (wie etwa den RZ) und Bewegungen im arabisch-islamischen Raum in den Sechziger und frühen Siebziger Jahren war - neben anti-imperialistischer Frontstellung allgemein - die Tendenz arabischer Kräfte - Bewegungen, abr auch Staatsführungen - zum "Sozialismus". Relativ wenige Gruppen und als Staat lediglich Südjemen hatten dabei ein marxistisches Fundament für ihre sozialistische Ausrichtung, gewisse ideologische Parallelen waren aber vorhanden. Vor allem gab es sowohl im Nasserismus wie im Baathismus wie bei den algerischen oder libyschen Gesellschaftsmodellen wie bei der PLO etc. praktische Ansätze, die oft den realsozialistischen Ländern ähnelten, oft auch darüber hinausgingen, meist jedoch - im Grad der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln etwa - weit zurückblieben. Ohne nun eine Diskussion führen zu wollen, ob die Versuche zum Aufbau oder nur zur Planung eines "arabischen Sozialismus" bereits im Ansatz zum Scheitern verurteilt waren - eben wegen jener Parallelitäten zu realsozialistischen Ländern -, müssen wir vor allem konstatieren, daß auch die Ansätze und bisherigen Errungenschaften bereits mitte der Siebziger Jahre revidiert wurden. Auch viele nicht an der Macht befindliche Parteien und Bewegungen, selbst solche im aktiven Befreiungskampf, übernahmen Elemente dieser Korrektur in ihre Programme.
Die arabische version der unseligen Perestrojka wurde und wird als "infitah"(Öffnung) benutzt, um eine Art gelenkter Marktwirtschaft herzustellen, wobei die neuen Eliten aus Bürokratie und Militär in die Rolle der Unternehmer und staatstragenden oberen Mittelschichten schlüpfen. Dieser Prozeß, der in den Siebziger Jahren die Schlüsselländer Ägypten, Irak und Syrien erfaßt hatte, wurde in der Ära Reagan noch verstärkt, griff auch auf Algerien und zuletzt auf Libyen über und wurde auch in den ideologischen Grundtendenzen vieler linkler Parteien und Befreiungsbewegungen spürbar - vergleichbar Tendenzen zur Aufgabe von Grundpositionen in den Metropolen.
Dieses von Ferhad Ibrahim und anderen als "Neo-Patrimonialismus" bezeichnete System behielt bis vor wenigen Jahren im Großen aber die ideologischen Worthülsen einer Form des Sozialismus bei und lässt erst in den dessert-storms der sogenannten "Neuen Weltordnung" die letzten Masken fallen. Gleichzeitig wurden und werden verstärkt Segmente der Gesellschaft, die an gewissen Errungenschaften des arabischen Sozialismus zumindest am Rande partizipiert hatten (z.B. Lebensmittel-Grundversorgung, soziale Leistungen, gesicherte Arbeitsplätze in staatlichen Industrien) nunmehr deklassiert, fallen Hofnungen in der Massenbasis von linken Parteien und Bewegungen, deren führungsebenen dem neuen Pragmatismus huldigen, in sich zusammen und entstehen Nährböden für religösen Fundamentalismus.

Überregionale Kooperationen: Dachverbände befreiter Staaten oder Völker, "sozialistischer" Parteien oder Länder in einem bestimmten geographischen Kontext, von Befreiungsbewegungen etc. also übernationale oder überregionale Organisationaformen haben vielfach vor den geänderten globalen Verhältnissen nach SU-Zusammenbruch und Golfkrieg kapituliert oder mutierten zu reinen Papiertiegern.

Für alle Gegebenheiten gibt es in dem uns einsichtigen Teil des Trikont ein klares BEWUßTSEIN, Diskussionen und Enttabuisierungen (ebenso auch Neu-Tabuisierungen) sind im Gange, Fragen werden formuliert, Antworten fehlen noch vielfach.
Die Grenzen zwischen Opportunismus/Verrat einerseits und Ausstieg aus alten Gewohnheiten zum Zweck der Neudefinition und des Neuaufbaus sind kaum markeirt und - zumindest für uns - schwer erkennbar.





3. Zur Praxis von anti-imperialistischer Zusammenarbeit: Viele Punkte, die die GenossInnen der RZ anschneiden - und vielfach überzeichnen oder verallgemeinern - sind durchaus berechtigt. Auch wir waren oft naiv gegenüber Instrumentalisierung und Einflußnahme, haben den Einfluß von z.B. arabischen Geheimdiensten und Geschäftsinteressen unterschätzt oder zu wenig wahrgenommen, Entscheidungen für die internationale Zusammenarbeit, die aus innenpolitischen Zusammenhängen heraus diktiert waren, unkritisch hingenommen, konspirative Strukturen hinter den greifbaren organisatorischen Mustern unserer Partner-Bewegungen nicht beachtet.
Erst als - im Gefolge des "Golfkriegs" in diesem oftmals diffusen Hintergrund revolutionärer Organisationen im Nahen Osten auch massive Interessen und Einflußnahmen metropolischer Politik und ihrer Geheimdienste auftauchten, wurden Abgründe bewußt.
Aber nicht nur uns, sondern vielen unserer GenossInnen im Trikont ebenso und meist viel früher.
Ein Beispiel für viele: Die irakisch-kurdische PUK war für viele von uns lange Jahre Ansprechpartner internationalistischer Zusammenarbeit. Heikle Punkte, die von vielen kurdischen Basisleuten angesprochen wurden, wie Verbürokratisierungstendenzen, die Kooperationen mit Damaskus und Teheran gegen das Hussein-Regime, die häufigen kunkeleien der Kader-Leute mit den Geheimdiensten der DDR oder der CSSR, wurden von uns als notwendige Übel verdrängt.
Als aber im Golfkrieg und danach die PUK-Führer offen mit dem türkischen faschistischen Geheimdienst, mit der CIA und den Briten zusammenarbeiteten (und zuletzt offen am Feldzug der türkischen Militärs gegen die PKK teilnahmen, war das Entsetzen groß. Viele kurdische GenossInnen aber weisen darauf hin, daß sich nur die Besetzung des opportunistischen Spieles, nicht aber sein Grundcharakter geändert hatten.

Insgesamt muß gesagt werden, daß der nahöstliche Raum in vielen bereichen mit gefährlichen Sümpfen und sauren Wiesen befrachtet ist, wo Kapitalinteressen, Geheimdienst-Kumpaneien, Waffenschieberei, Drogenhandel und rundum zuviel Geld im Spiel ist, als daß man an Kooperation unvorbereitet, naiv und ohne Abklärung und ständige Neu-Überprüfung der Partnerorganisationen herangehen könnte.
Über Konsequenzen ist bei unseren GenossInnen in der Gegend eine

Wo also ist die Massenbasis für revolutionäres Agieren in diesem Teil des Trikont? Welche Organisationen können als Partner im globalen revolutionären Prozeß eingestuft werden? Sind die im Aufruhr befindlichen deklassierten Schichten, die Arbeitslosen und no-future-kids der Elendsquartiere von algier, Kairo und Amman (oder von Nairobi, Lagos und Abijan), die den islamischen Fundamentalisten zuströmen, potentielle Bündnispartner oder doch die hinter den altbewährten internationalistischen Sprüchen korrupt und kompromißlerisch gewordnenen Staats- und Parteifunktionäre etwa der FLN, der PLO, der libyschen Revolutionskomitees oder diverser Gewerkschafts- und Jugendorganisationen, welche wortreich und augenzwinkernd den neuen pro-westlichen und pro-kapitalistischen Kurs als vorübergehende Anpassung an schmerzliche Realitäten erklären?
Ist ein Weder-Noch auf diese Frage möglich oder nicht ein feiger Ausweg aus einer unbequem gewordenen Situation?

Versuchtes Resümee: Vom Zweifel zum -schwierigen- Dialog

Das alte Dilemma: Die Situation erfordert Handeln. Nur punktuelles, regional begrenztes Handeln, lokal begrenzter Widerstand ist zum Scheitern verurteilt. Internationalistische Ausrichtung und konkrete Kooperation tut not.
Aber die Situation im Bereich möglicher Partner ist im extremen Umbruch, so daß einfache Entscheidungen - was tun mit wem wo in welchem Ausmaß? - nicht zu treffen sind. Also zuerst analysieren. Aber entzieht uns eine angesichts des der Schwierigkeit des Themas notwendig langwierige Analyse-Arbeit nicht der Handlungsebene?

Wir denken, daß die einfachsten und endgültigsten Lösungen auf ein Dilemma immer auich die falschesten sind.
Aussteigen aus der Kooperation mit Organisationen im arabisch-islamischen oder afrikanischen Raum, Rückzug auf reine Soli-Arbeit (dann geht die Frage eben in diese Ebene: Solidarität mit wem? Bitte nur keine Antwort der Art "mit dem kurdischen Volk", mit den palästinensischen Massen"!) ist dann ebenso Kontraproduktiv wie ein Weiterwursteln im alten Trott mit alten Kontakten, alten Denkmustern, alten Slogans.

Daher - klar - weiter lokal handeln, global denken, aber auch global vernetzte Aktionen suchen, nicht vor, sondern in die Handlungsebene Analyse und vor allem Dialog mit GenossInnen aus dem gegebenen Raum mit einbauen. Diesen Dialog vor allem, müssen wir auf allen Ebenen intensivieren, die gegenseitigen Zweifel auflisten, gemeinsam Lösungen anpeilen.







RAP's neuer Bericht von der L.A. Front

Im April vergangenen Jahres kam es nach dem Freispruch der vier Bullen die Rodney King fast zu Tode geprügelt haben, zum größten Aufstand in AmeriKKKa seit 25 Jahren. Obwohl diese Riots von allen unterprivilegierten Schichten der US Gesellschaft getragen wurde, ging es aus von einem schwarzen Ghetto – South Central L.A.
"South Central ist heute weltweit das bekannteste schwarze Ghetto. Während ein vergleichbares Viertel in Moskau oder Peking früher jedem TV Magazin als Beweis für die Verkommenheit des gegnerischen Systems gedient hätte, wird South Central niemals der Ausgangspunkt einer radikalen Kapitalismuskritik."* Seit die Aufstände, die auch auf viele andere US Städte übergriffen, von Regierungstruppen blutig niedergeschlagen wurden (58 Tote, mehr als 2400 Verletzte, 12000 Verhaftete) hört mensch fast nichts mehr von South Central - fast nichts - denn die Rapper, die Stimme des schwarzen AmeriKKKa's, oder wie Chuck D von Public Enemy es ausdrückte: Rap, als CNN der Schwarzen, sprechen weiter von South Central und all den anderen Ghettos.

(TATblatt-Wien)

Ice Cube äußert sich hämisch auf seinem neuen Album "The Predator": Alles was du über die Riots wissen wolltest, war schon auf den Platten lange bevor es losging. Die Nummer "Black Korea" zeigt die tiefe Spaltung, bzw. den Rassismus zwischen koreanischen Ladenbesitzern und Schwarzen die sich mehr als potentielle Kriminelle behandelt fühlen, denn als Kunden. Bei den Riots wurden koreanische Ladenbesitzer zu Zielscheiben der Umverteilung. Bevor South Central in Flammen aufging, war das Einzige was die meisten Yanks davon gehört hatten, die prahlerischen Platten der Gangster Rapper. Die Gewalt die auf den Platten von NWA (Niggers with Attitude) Ice-T, Ice Cube oder Big Daddy Kane verherrlicht wird, richtet sich oft nicht nur gegen Weiße, sondern auch gegen Koreaner und Juden und ist fast immer sexistisch. KRS One, von der politisch fortschrittlichen Rap Gruppe Boogie Down Productions, dazu: Diese Typen sind für eine perverse Umkehrung der Sichtweise junger Schwarzer verantwortlich. Sie haben mehr von der weißen Herrschaftsideologie gegenüber fremden Völkern übernommen als sie wissen. Ich kann es auch nicht verstehen, daß schwarze Frauen zu den Konzerten von N W A gehen und sich dort als Nutten beschimpfen lassen und dann auch noch hysterisch nach Zugabe rufen. Das zeigt nur wie weit wir uns von der Realität entfernt haben.*

Zurück zum post riot Rap: Während der RioZ wurde vieles das auf den Rap Platten besprochen wurde, Realität bzw. es stellte sich für die Mehrzal der TV Nation so dar. Als die Riots und damit South Cenrtal von den Bildschirmen verschwanden, waren wieder die Rapper die einzige Stimme die aus dem Ghetto herausdrang. Auch wenn die Summe der explizit post riot Raps gegenüber den gangster Raps geringer ist, hat deren Anzahl in letzter Zeit zugenommen. Sie sind dabei nicht gerade diplomatisch, sie sagen wenig bis gar nix über die Opfer der Riots oder über den Wiederaufbau der zerstörten Viertel. Public Enemy in "Tie goes to the Runner" auf der neuen Platte Greatest Misses, sagt Chuck D: he's "not surprised at all about the riots" und über Ice Cube, daß raps wie "Black Korea" die Probleme nicht gemacht haben: "This was predicted, not self inflicted/ By the rap out of the Hood that kicked it good." Es gibt also keine einheitliche Analyse der Riots :"in der Hip Hop Bewegung, außer dem Gefühl, daß es erst eines Aufstandes bedurfte um die Aufmerksamkeit des weißen Herrschaftsystems zu erlangen.

Ice Cube, die bekannteste Stimme South Central's hat gemeinsam mit Yo-Yo, Cypress Hill, Kam u.a. die post riot Soli Single "Get the Fist" aufgenommen. Die Einnahmen aus dem Verkauf der Single kommen der "Brotherhood Movement" zugute. Die "Brotherhood Movement", wurde nach den Watts riots 1965 gegründet und arbeitete damals wie heute am Wiederaufbau der "Neighbourhood". "Get the Fist" gibt sich betont kämpferisch: "I'm black and I'm proud to be lootin' in your face" und geht weiter mit dem Ruf nach schwarzer Einheit gegen Bullen und Weiße:"Not black on black / the other color gets beat", über das Plündern:"Now I got a laptop computer", und seine Conclusio ist, daß die Riots wichtig waren,"to get some respekt". Kam's single "Peace Treaty", lobt die Waffenruhe zwischen den Gangs und begnnt eine Diskussion über die Riots:"It wasn't just the blacks, everybody was lootin' and had it each others backs..., we all had a hand in the cookie jar and took it far enough to make a statement." (unter den richtigen Einsendungen, was dieser Satz bedeuten könnte, wird eine Kassette von PARIS verlost).

Paris, ein Rapper aus Oakland, der eher mit Public Enemy zu vergleichen ist als mit Ice Cube (was sich auf die Message bezieht, nicht auf die Musik) auf seinem neuen Album "Sleeping with the Enemy": "Don't be tellin' me to get the nonviolent spirit/ when I'm violent is the only time you devils hear it.", auf einer anderen Nummer der Platte äußert er sich besorgt über die Auswirkungen der Riots: "...that in the aftermath of the riots, blacks will benefit as little as they did after the Watts riots." Und im Vorspann zu "Assata's Song" (Assata Shakur - eine Frau aus dem schwarzen Widerstand die jetzt in Cuba lebt) :"A Nation is only as strong as it's women."

* Zitiert aus dem Nachspann des Buches YO! RAP REVOLUTION.


MEHR NACHLADEN FÜR ALLE....
Bücher, Broschüren, Infos und Badewannen.ab sofort ab 14 Uhr!!!
NACHLADEN
WALDEMARSTR. 36
GESCHICHTE
THEORIE
AKTION
Mo.-Sa. 14-19 UHR
MÄNNERFREI
SPASS DABEI
DIENSTAG IST FRAUENBADETAG
NACHLADEN
WALDEMARSTR. 36
...mal ganz ohne Männer
JEDEN MITTWOCH
14⁰⁰-19⁰⁰ ist
♀-TAG im
INFOLADEN DANEBEN
Rigaerstr. 84, 1035 Berlin Friedrichshain
...damit mehr Frauen in den Laden kommen...
Wir suchen nach Frauen die mitmachen!
Frauenabend
im
Ex
Mi. 3.2.
ab 19⁰⁰
EX GNEISENAUSTR. 2 A, 1/61
KIEZDISCO
am: Freitag
29.1.
ab 22⁰⁰
Disco
mit rauchfreiem Tanzraum
Film: 19³⁰ h "Out of Rosenheim"
Eintritt 5,–
f. Ausst. "Frauenleben im II. Weltkrieg" ab Feb. im
für Frauen und Lesben
Kreuzbergstr. 43
1000 Berlin 61
EL LOCCO



Politische Nachrichten und Hintergründe

nicht nur für Halle



Inhalt:

Impressum
Redaktion: c/o Initiative für eine Vereinigte Linke, Große Klausstr. 11, O 4020 Halle, Tel. 0345/25537, V.i.S.d.P.: t.praast, druck im Eigenverlag.
Red.-schluß: 10.12.'92
Red.-schluß näxtmal: **8.2.93**

Das Blatt erscheint näxtmal am 2. Wochenende im Monat, 12. Februar. Erste offene Redaktionsitzung ist der 1.2. gegen 21 Uhr im Reformhaus endgültig näxt Mo. Redaktionsschluß: näxtmal 8.2. 19 Uhr...

Übrigens haben wir keine Lust, immer mit den AutorInnen namentlich (o.ä.) genannter Beiträge einer Meinung zu seine.

Antifa-Splitter

8.12. **Magdeburg** StudentInnendemo mit 400 TeilnehmerInnen
9.12. **Magdeburg** Podiumsdiskussion an der Autonome Antifas und Punks teilnehmen
10.12. **Magdeburg** Ein Buchladen mit Naziliteratur wird zum x-ten Mal angegriffen
12.12. **Magdeburg** Nachts antifaschistische Streifengänge, ein Nazi wird als solcher behandelt
13.12. **Magdeburg** antifaschistische Streifengänge, ein Fascho-Auto wird zerstört, einem Nazi wird tätlich erklärt, daß er keine rassistische Propaganda zu tragen hat. Ein weiterer entkommt zwar, legt aber seine Propaganda samt Jacke auf der Flucht ab

17.12. **Halle** Im Horten-Kaufhaus verzierten mehrere Antifas faschistische Zeitungen mit Aufklebern.
23.12. **Halle** In der Nacht vor heilig Abend klebten mehrere Antifa-Gruppen in verschiedenen Stadtteilen Halles (u.a. im Zentrum und HaNeu) Plakate gegen die neuen Asylgesetze sowie gegen faschistische und rassistische Gewalt.
Dezember **Halle** In mehreren Läden wurden BesitzerInnen angesprochen bei denen, bzw. Besen geklaut, die an den Ladentüren befestigt sind. Nach Sinti-Glauben dürfen diese Räume nicht betreten werden. (Beitrag war versprochen!!!!)
7.1. **Halle** Ein Antifa machte mehrere im Horten-Kaufhaus zum Verkauf ausliegende faschistische Wochenzeitung durch schnelle Handbewegungen unverkäuflich. Ähnliche Aktionen sollen laut Gerüchten schon öfter gelaufen sein.

Laut dem Reglement der inoffiziellen Städtewertung liegt die (von hallenser Antifas oftmals belächelte) magdeburger (Provinz-) Antifa diesen Monat weit vorn. Naja...

Es gibt in Halle InteressentInnen für ein **Antirassistisches Telefon**. Dort soll bei Überfällen, Asylanträgen geholfen werden oder Infos verbreitet werden. Einzelpersonen oder Gruppen melden sich bitte über die Redaktion.

Spray-Gangs

Der Kellnerstraßen e.V. ruft zu einem Sprayer-Wettbewerb auf. Bis zum 10.2. können an der Theke des Cafés oder im Plattenladen Entwürfe vorgelegt werden. Gesprayt werden soll der Flur bis zur ersten Etage. Am 13.2. findet dann anläßlich einer Hip-Hop-Party die Preisverleihung im VL statt.
Für die Spraydosen kommt der Verein auf. Bisher haben 3 Gangs ihre Teilnahmen zugesagt.

HAUT DOCH AB, IHR ARMEN IRREN! LASST DOCH DIE ANSTÄNDIGEN LEUTE SICH GEGEN DIE TAUGENICHTSE WEHREN!

...GRAD IN DEN JETZIGEN ZEITEN, WO'S VON EUCH GESINDEL NUR SO WIMMELT, MÜSSTE DIE GUILLOTINE DAUERND IN BETRIEB SEIN...





SCHWARZE ZEITEN

Einladung zur Anarchistischen Versammlung

Die Anarchistische Versammlung will alle Gruppen und Einzelpersonen, die den verschiedenen Anarchismen nahestehen, regional vernetzen.

Wir denken, daß dies notwendiger denn je ist. Nicht nur wegen der immer deutlicher werdenden faschistoiden Strukturen dieses politischen und gesellschaftlichen Systems. Aber auch die Linken scheinen nichts grundsätzliches, aus dem angeblichen Sozialismus Marke DDR gelernt zu haben. Doch dies ist auch kein Wunder, wenn wir uns ansehen, wie zaghaft die anarchistischen Strukturen in dieser Stadt auftreten.

Es scheint sie hätten Angst vor ihrer eigenen Radikalität. Wir denken, wir können es uns nicht mehr leisten vereinzelt bzw. in kleinen nicht öffentlichen Gruppen vor uns her zu wurschteln. Oft werden alte Fehler wiederholt, anstatt von den Erfahrungen anderer Gruppen und Einzelpersonen zu profitieren. Natürlich ist jeder Anfang etwas zäh, aber es wird sich lohnen.

Sonntag, den 31. Januar 1993

im El Locco in der Kreuzbergstraße 43

in W-1000 Berlin 61 Tel.: (0 30) 785 99 73

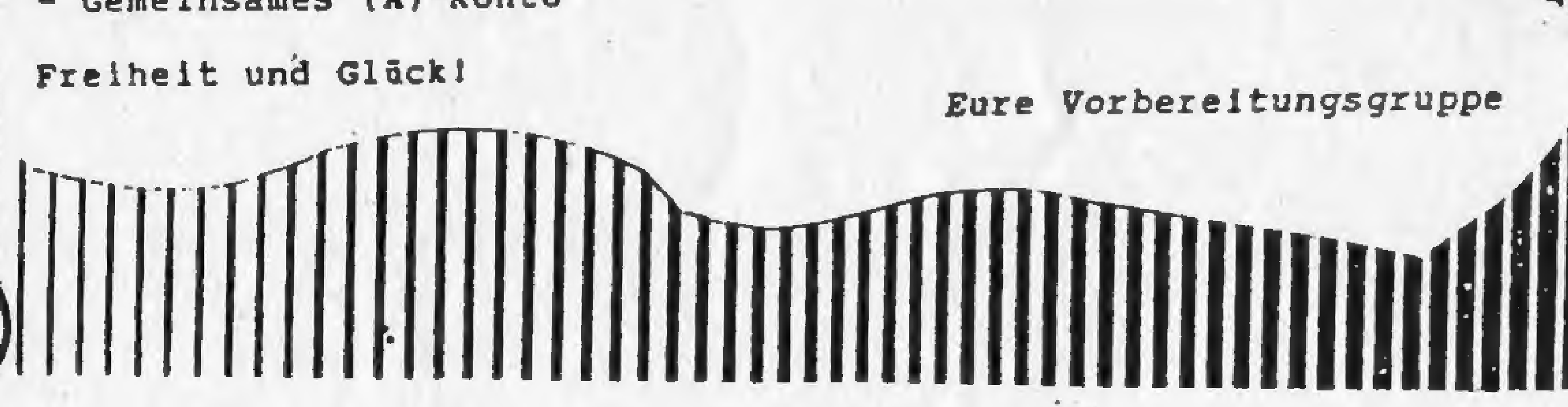
Beginn 15.00 Uhr Frühstück ab 11.00 Uhr

Bisherige Tagesordnungsvorschläge:

- Feten (2 Jahre (A)-Kurier, (A)-Straßenfest)
- 1. Mai (Massenzeitung, Fete, Demo?)
- Diskussion über den (A)-Kurier
- Levi-Strauß Boykott
- Gemeinsames (A)-Konto

Freiheit und Glück!

Eure Vorbereitungsgruppe



Regelmäßige Termine:

Mittwochs: Frauentag 14.00 Uhr bis 19.00 Uhr im Infoladen Daneben, Rigaerstraße 84, 1035 Friedrichshain

Donnerstags: Frauen- und Lesbentag im El Locco, Kreuzbergstr. 43, 1000 Berlin 61

Freitags: Internationales FrauenAktionsBündnis trifft sich im Festsaal vom Rathaus Charlottenburg, Otto Suhr Allee 100, um spektakuläre Aktionen gegen Rassismus zu planen und Frauenrechte als Menschenrechte einzufordern. Zeit 20.30 Uhr





Verhinderter Abgeordneten-Auftritt

Rund 50 Demonstranten haben in Salzwedel eine Rede des CDU-Bundestagsabgeordneten **Rudolf Krause** (Foto) verhindert. Der Sprecher des vor einiger Zeit gegründeten „Christlich-konservativen Deutschlandforums" wollte vor der CDU-Ortsgruppe über seine auch in der Unionspartei heftig kritisierte rechtsextreme „Denkschrift zu nationalen und deutschen Fragen" sprechen. Die Jugendlichen der linken Szene blockierten den Eingang der Versammlungsstätte und bewarfen den Abgeordneten bei seinem Eintreffen mit Eiern und Tomaten, teilte die Polizei mit. Zur gleichen Zeit ging eine anonyme Bombendrohung ein, die die Polizei zum Absetzen der Veranstaltung veranlaßte.



Aktuelle Termine

Donnerstag 28.1.93
21.00 Uhr Infoladen Daneben, Rigaerstraße 84, 1035 Friedrichshain: Film, "Weibliche Zone"

Freitag 29.1.93
19.30 Uhr El Locco, Kreuzbergstr. 43, 1000 Berlin 61, Film: "Out of Rosenheim", danach ab 22.00 Uhr, Kiezdisco für Frauen und Lesben
20.00 Uhr Café KGB, c/o Potse, Potsdammerstr. 180: Infoveranstaltung zu Einheitspolitik & "Solidarpakt", danach Konzert Cycocrime, comalight (Metal-Punk)

Sonnabend 30.1.93
18.00 Uhr El Locco, Kreutzbergstr. 43, 1000 Berlin 61, Ausstellungseröffnung und Lesung von Gerda Szepansky: "Blitzmädel - Heldenmutter - Kriegerwitwe, Frauenleben im Zweiten "Weltkrieg"

Sonntag 31.1.93
15.00 Uhr El Locco, Kreutzbergstr. 43, 1000 Berlin 61, Anarchistische Versammlung (Frühstück ab 11.00 Uhr
21.00 Uhr Infoladen Daneben, Rigaerstraße 84, 1035 Friedrichshain, Film: "Eine Liebe in Deutschland"

Dienstag 2.2.93
21.00 Uhr Infoladen Daneben, Rigaerstraße 84, 1035 Friedrichshain, Film: "Antifascist Action" (über Fascho- und Antifaaktionen in England)

Mittwoch 3.2.92
19.00 Uhr EX, Gneisenaustraße 2a, 1000 Berlin 61, Frauenabend

Donnerstag 4.2.93
21.00 Uhr Infoladen Daneben, Rigaerstraße 84, 1035 Friedrichshain, Film: "Der Pannewitz-Blick"

Montag 8.2.93
20.00 Uhr Frauenzentrum EWA, Prenzlauerallee 6, 1055 Berlin, Veranstaltung für Frauen und Lesben: "Flüchtlingspolitik made in Germoney" (Sammellager, Asylverfahrensgesetz, "Asylkompromiss")


ZUSAMMENLEGUNG
DER HERRSCHENDEN KLASSE
IN 1-2 GROßE GRUFTEN